



Territoriale Entwicklung im ländlichen Raum

Entwicklung ländlicher Räume - Kompetenzen bündeln Erfahrungen aus ausgewählten Partnerländern des DED

Dokumentation der Veranstaltung

„Instrumente der Territorialen Entwicklung im ländlichen Raum“

Bonn, 19. – 22. Juli 2010

Seit dem 1. Januar 2011:

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Impressum

Deutscher Entwicklungsdienst gGmbH

Tulpenfeld 7

D-53113 Bonn

T +49 228-2434-0

F +49 49 228-2434-111

I www.ded.de

Deutsche Gesellschaft für

Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Postfach 5180

65726 Eschborn

Deutschland

T +49 6196 79 - 0

E info@gtz.de

I www.gtz.de

Titelfoto © GTZ, Foto Menschen © Martina Wegner

Herausgeber:

Karl Moosmann und Annette Roth, DED Fachgruppe „Ländliche Entwicklung, Ressourcenschutz und Wasser“;
Martina Wegner, GTZ Sektorvorhaben „Territoriale Entwicklung im ländlichen Raum“

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH bündelt ab dem 1. Januar 2011 die Kompetenz und langjährige Erfahrung des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) gGmbH, der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH und der InWEnt - Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.giz.de.

Bonn und Eschborn, Dezember 2010



Erfahrungen aus ausgewählten Partnerländern des DED

Burkina Faso, Ecuador, Guatemala, Mali,
Mozambique, Namibia, Niger, Tadschikistan,
Vietnam

„Luftbildinterpretation in einem
Landnutzungsplanungskomitee in
Tahoua, Niger“
Foto: Martina Wegner



Autoren der einzelnen Beiträge:

Bilan Villageois – Dorfbilanz

Werner Ahringhoff, Evaluierung und Qualitätssicherung, DED Bonn

Ansätze zu Verbesserung der nachhaltigen Bewirtschaftung forstlicher Ressourcen im indigenen Kontext der Awa im Norden Ecuadors

Manfred Ebertseder, Koordinator Ländliche Entwicklung, DED Ecuador

Kommunale Entwicklungsagenturen zur Förderung der Privatwirtschaft

Jacobsen, Friedrich-Carl, Entwicklungshelfer, DED Mozambique

Erosionsschutz durch die Anlage von Kontourlinien in Vietnam

Günther Rapp, Koordinator Ländliche Entwicklung, DED Vietnam

Kommunalentwicklung, Interkommunalität und Organisation von Raumplanungsverfahren mit Zweckverbänden

Norbert Rose, Koordinator Zivilgesellschaftsförderung und Kommunalentwicklung, DED Guatemala

Espace de dialogue - Schnittstellenmanagement für dörfliche und kommunale Entwicklung

Patrick Sauter, Koordinator Ländliche Entwicklung, DED Burkina Faso

Ernährungssicherung und Einkommenserhöhung durch Wasserbauwerke und Erschließung von landwirtschaftlichen Anbauzonen

Ralf Schneider, Programmmanager „Irrigation de Proximité au Pays Dogon et dans le Bélé Dougou“, DED Mali

Registrierung von traditionellen Landnutzungsrechten (customary rights) im Rahmen der Kommunalen Landreform in Namibia

Rolf Sprung, Koordinator Ländliche Entwicklung, DED Namibia

Sanierung der Talbereiche mittels Sohlschwellen

Martin Sulser, Koordinator Ländliche Entwicklung, DED Niger

Förderung der Wertschöpfung und Diversifizierung im Baumwollsektor von Nordtadschikistan

Holger Weiße, Koordinator für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und Ressourcenmanagement, DED Tadschikistan

Wir danken Andrea Heisel für die Moderation der Veranstaltung

Ein großer Dank gilt ebenfalls dem Organisator der Fachexkursion ins Sauerland, dem Regionalmanager der Leader-Region „4 mitten im Sauerland“ Stefan Pletziger

Inhaltsverzeichnis

Abstract	9
Einführung.....	12
Instrumente / Methoden / Ansätze zur territorialen Entwicklung (DED-Erfahrungen, zusammengetragen aus mehreren Ländern)	14
Bilan Villageois – Dorfbilanz.....	14
Ansätze zu Verbesserung der nachhaltigen Bewirtschaftung forstlicher Ressourcen im indigenen Kontext der Awa im Norden Ecuadors	21
Kommunale Entwicklungsagenturen zur Förderung der Privatwirtschaft	27
Erosionsschutz durch die Anlage von Kontourlinien in Vietnam	32
Kommunalentwicklung, Interkommunalität und Organisation von Raumplanungsverfahren mit Zweckverbänden.....	35
Espace de dialogue - Schnittstellenmanagement für dörfliche und kommunale Entwicklung	40
Ernährungssicherung und Einkommenserhöhung durch Wasserbauwerke und Erschließung von landwirtschaftlichen Anbauzonen.....	45
Registrierung von traditionellen Landnutzungsrechten (customary rights) im Rahmen der Kommunalen Landreform in Namibia	51
Sanierung der Talbereiche mittels Sohlenschwellen	56
Förderung der Wertschöpfung und Diversifizierung im Baumwollsektor von Nordtadschikistan	67
Ausblick.....	71
Anhang	72
Programm der Veranstaltung „Territoriale Entwicklung im ländlichen Raum“	72
Praxis und Theorie: Exkursion Sauerland	74

Abstract

(Karl Moosmann, Annette Roth)

Neben der Beratung des BMZ in der Erarbeitung des Konzepts „Entwicklung ländlicher Räume und deren Beitrag zur Ernährungssicherung“ validiert das SV „Territoriale Entwicklung im Ländlichen Raum“ praxiserprobte Instrumente und Ansätze, die zur Umsetzung des Konzeptes genutzt werden können. Als ein Beitrag hierzu fand vom 19.7. – 20.7.2010 ein Arbeitstreffen mit ausgewählten Koordinatoren und Fachkräften des DED, mit Fachpersonen der Abt. 45 der GTZ „Agrarwirtschaft, Fischerei und Ernährung“ und Vertretern und Vertreterinnen der Fachgruppe „Ländliche Entwicklung, Ressourcenschutz und Wasser“ des DED statt.

Ziel der Arbeitseinheit war es, Methoden, Instrumente und Ansätze zur Entwicklung ländlicher Räume hinsichtlich Erfolgsfaktoren und Risiken ergänzend zu bewerten, und diese Kernelemente zu dokumentieren (Wissensicherung). Gesammeltes Erfahrungswissen der deutschen EZ soll letztendlich in einen Werkzeugkasten münden, welcher für Programmkontexte im Themenbereich „Entwicklung ländlicher Räume“ unterstützende Methoden und Instrumente enthält (Upscaling). Eine erste, sicherlich noch ergänzungswürdige Sammlung wurde neben der Zusammenarbeit zwischen den Organisationen insbesondere durch den regional und sektoriell übergreifenden Austausch der Praktiker und Fachpersonen erreicht. Gearbeitet wurde zu den Themenblöcken „Landwirtschaft, Ernährungssicherung und Ressourcenschutz“, „Landmanagement“, „lokale und kommunale Wirtschaftsförderung“ und dem Thema „Governance / gute Regierungsführung“. Die im Folgenden beschriebenen Ansätze / Methoden und Instrumente setzen auf verschiedenen Interventionsebenen an. Die Sammlung beschreibt sowohl technische und methodische Ansätze auf Mikroebene als auch Instrumente zur Einrichtung, Unterstützung und Stärkung von Koordinierungsstrukturen in ländlichen Räumen.

Aus den Diskussionen sind zusammenfassend die folgenden Ergebnisse hervorzuheben:

1. Wissenssicherung: Erfahrungen mit Instrumenten, Methoden und Ansätzen sollten kontinuierlich weiterentwickelt und systematisch zusammengeführt werden. Hierzu gehören auch partizipative Methoden, die insbesondere zum Monitoring und dem Nachweis von Wirkungen auf Zielgruppenebene/Dorfebene von besonderer Bedeutung sind. Erfahrungen mit erprobten Methoden und Instrumenten müssen aufbereitet und zielgerichtet kommuniziert werden, um von agierenden Personen dann auch genutzt werden zu können. Dies beinhaltet die Art der Vermittlung, Auswahl und Kombination der Medien, die Wahl der Sprache, Dokumentation von Prozessen und Ressourceneinsatz, wie z.B. Zeit- und Kostenkalkulation.
2. Bei der Förderung der Entwicklung ländlicher Räume ist die sektorübergreifende Analyse von zentraler Bedeutung, um Hindernisse und Potentiale umfassend benennen zu können. Anreiz- und Fördermechanismen für wirtschaftliche, soziale und ökologisch nachhaltige Entwicklung in einer Region müssen transparent, aufeinander abgestimmt und übersichtlich gehalten werden. Ein Zuwachs an ökonomischer Wertschöpfung in der betreffenden Region ist fast immer auch der Motor für eine umfassendere ländliche Entwicklung. Zentrale Akteure und Mandatsträger sollten identifiziert und eingebunden werden, wenn die EZ solche Entwicklungsanstrengungen unterstützt.

3. Um wirksame Interessensvertretung zu ermöglichen, sind starke, auf die jeweiligen Interessen der Akteure abgestimmte, gemeinsame Strukturen (z. B. Vereine, Agenturen, Genossenschaften, runde Tische, Bürgerforen), koordinierende Einheiten und Steuerungsgremien von besonderer Relevanz. Internationale EZ kann dabei unterstützen, solche Strukturen aufzubauen, institutionell zu stärken und in der Entwicklung ihrer eigenen Kapazitäten zu fördern. Beratungsansätze in solchen Förderungsprozessen können hilfreiche Lehrbeispiele bieten, und sollten prozessorientiert beschrieben werden. Bei Zusammenschlüssen verschiedener Akteure/Stakeholder ist die Beachtung und Klärung und Definition der Frage der Mandatsinhaberschaft von besonderer Relevanz für die Nachhaltigkeit dieser Strukturen. Allerdings muss bei einer derartigen Zusammenarbeit von Anfang an sicher gestellt sein, dass die Strukturen eine unabhängige Trägerschaft und Finanzierung haben. Die besten Initiativen nützen nichts, wenn sie nach Rückzug der EZ-Partner wieder zusammenbrechen.
4. Der Mehrebenenansatz der deutschen EZ hat sich bei der Förderung von Prozessen Ländlicher Entwicklung bewährt. Regionale / nationale Politiken werden in der Umsetzung auf lokaler und regionaler Ebene validiert und angepasst, Ergebnisse in die Reflexion auf Meso / Makroebene zurückgeführt. Dabei ist sichergestellt, dass die Zielgruppe, hier ist die Bevölkerung vor Ort gemeint, im Zentrum der Betrachtung bleibt. Der Institutionenentwicklung auf den verschiedenen Ebenen kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Derartige Institutionen können in Form einer informellen Gruppe, eines „runden Tisches“ angeschoben werden, sollten aber dann im Laufe der weiteren Entwicklung in eine dauerhafte, legale Institution übergeführt werden – wobei die Trägerschaft nicht immer bei der staatlichen Verwaltung liegen muss. Auch Zweckverbände zwischen Kommunen oder Interessensgemeinschaften der Zivilgruppe oder des privaten Sektors leisten einen Beitrag zu eigenständiger Entwicklung. Der Mehrebenenansatz ermöglicht die Beratung der staatlichen Behörden auf nationaler Ebene bei der Schaffung der institutionellen Rahmenbedingungen hierfür (rechtlich, finanziell, institutionell).
5. An der ländlichen Entwicklung beteiligte Akteure müssen in die Lage versetzt werden, Veränderungsprozesse selbst zu gestalten, zu beobachten und im Ergebnis zu bewerten. Entwicklungszusammenarbeit sollte Entwicklungsprozesse anstoßen, und sie nicht selbst „erledigen“. Dies erfordert oftmals eine Tugend der Langsamkeit, die angesichts sich verkürzender Projektlaufzeiten, Erfolgsstreben und Mittelabflussdruck nicht immer leicht zu beachten ist. Konfliktsensibles Vorgehen bei Projektplanung und Umsetzung sowie gegebenenfalls die Bearbeitung von Konflikten ist im Kontext ländlicher Entwicklung häufig von zentraler Bedeutung.
6. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind für gesamtgesellschaftliche Entwicklungen in ländlichen Räumen von besonderer Relevanz. Sie müssen dahingehend gestärkt werden, dass sie ihre Rolle in der sozialen und gesellschaftlichen Kontrolle wahrnehmen und aktiv ihre Vorstellungen in Konzepte, Planungen und deren Umsetzung einbringen können.
7. Für den Erfolg bei der Einführung technischer Innovationen ist die methodische und wirkungsorientierte Ausgestaltung der Implementierungsphase von besonderer Bedeutung. Dabei spielt die kulturspezifische Sensibilisierung der Bevölkerung eine große Rolle. Anreize sollten gesetzt werden; und der Nachweis der nachhaltigen Wirkungen / Vorteile für die Zielgruppe muss überzeugend darstellbar sein. Besonders erfolgreich können Ansätze implementiert werden, die mit der

Bevölkerung gemeinsam vorbereitet, geplant und erprobt werden. Die Hervorhebung schnell sichtbarer, für die Bevölkerung relevanter Ergebnisse kann überzeugend im Sinne einer schnellen Verbreitung guter Praxis wirken. Eine längerfristig angelegte Begleitung sichert die Qualität in der Nutzung von erfolgreichen Methoden und Instrumenten. Angepasste Methoden des Wissenstransfers, wie Ausbildung / Schulungen, wie z.B. die Einrichtung von „Modellbaustellen“ und Systeme der „Beratung von Bauer zu Bauer“ sind bedeutsam. Die Durchführung von Begleitmaßnahmen, wie z.B. landwirtschaftliche Beratung, ist oftmals unabdingbar für die Erreichung positiver Wirkungen. Eine Verbreitung erprobter Methoden und Vorgehensweisen in diesem Sinne, muss angepasst an den jeweiligen Kultur- und Bildungskontext der relevanten Akteure erfolgen, um erfolgreich zu sein.

8. Wo möglich und relevant, sollten technische Ansätze in kommunale Entwicklungspläne und Landnutzungspläne integriert werden. Ownership der ortsansässigen Bevölkerung ist durch die Erbringung eines Eigenbeitrags (physisch oder monetär) zu gewährleisten.

Einführung

(Martina Wegner)

Die Entwicklung ländlicher Räume ist ein Schlüsselfaktor der Armutsbekämpfung.

In der deutschen Entwicklungszusammenarbeit hat die ländliche Entwicklung über viele Jahre eine wichtige Rolle gespielt. Standen in den 70er und 80er Jahren eher produktionssteigernde Ansätze im Vordergrund, ging man in den 90er Jahren zu integrierten räumlichen Projektansätzen über, die mit großem Einsatz und Aufwand die Probleme der Bevölkerung im ländlichen Raum anging. Landwirtschaft, Gesundheit, Bildung und natürliches Ressourcenmanagement zählten zu den Interventionsansätzen. Auch wenn hier auf Zielgruppenebene (Bevölkerung im ländlichen Raum) vieles erreicht wurde, so mangelte es diesen Vorhaben am Erreichen von Ownership durch die nationale Administration: Die Vorhaben endeten stets mit dem Rückzug der EZ-Partner.

In den vergangenen Jahren haben sich die Rahmenbedingungen für die ländliche Entwicklung stark verändert. Die zunehmende Globalisierung im Handel mit Agrarprodukten, die sich immer deutlicher abzeichnenden Auswirkungen des Klimawandels, die zunehmende Gefahr einer Konkurrenz zwischen Nahrungsmittel- und Energieproduktion, die sich verschärfende Konkurrenz um Wasser durch verschiedene Nutzer sowie eine weiterhin ansteigende Nachfrage nach Nahrungsmitteln aufgrund steigender Bevölkerungszahlen und zunehmender Kaufkraft in den großen Schwellenländern sind Faktoren, die heute das Wirtschaften im ländlichen Raum beeinflussen.

Hinzu kommt ebenfalls, dass sich die politischen Rahmenbedingungen geändert haben. Viele Länder dezentralisieren ihre Verwaltung und verlagern Entscheidungsbefugnisse auf regionale und kommunale Ebene. Damit werden auch der Aufbau entsprechender Institutionen und die gute Regierungsführung auf regionaler Ebene für die territoriale Entwicklung in ländlichen Räumen immer wichtiger. Landwirtschaftliche Produkte werden entlang von Wertschöpfungsketten vermarktet, was die Herausbildung von Erzeugergemeinschaften und des Privatsektors begünstigte.

Nutzer- und Bevölkerungsgruppen haben sich in zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammengeschlossen und erreichen eine bessere Interessensvertretung und in gewissem Sinne eine Kontrolle des öffentlichen Lebens.

Die internationalen Geber auf der anderen Seite haben mit der Unterzeichnung der Paris-Deklaration die verbesserte Effizienz des Mitteleinsatzes über folgende Prinzipien kundgetan: Alignment, das heißt verbesserte Koordination ihrer Interventionen; Ownership, das heißt eine Unterstützung des Partnerlandes bei der Gestaltung und Umsetzung seiner Programme.

Für die Entwicklung ländlicher Räume bedeutet dies:

Kooperation und Vernetzung als Erfolgsfaktor für die Entwicklung ländlicher Räume: Die Territoriale Entwicklung

Ländliche Räume können heute nicht mehr als leere Räume verstanden werden, in die man eine Projektstruktur setzt, die dann mit großen Mitteln und wenig Beteiligung der Zielgruppen Aktivitäten umsetzt. Es geht darum, einen Ansatz zu entwickeln, der der neuen Institutionenlandschaft, dem neuen Bewusstsein der Zusammenarbeit und der Grundbedingung von Ownership und Teilhabe Rechnung trägt. Wie kann man Gemeinden und andere Gebietskörperschaften, staatliche Behörden, Zivilgesellschaft, Erzeugergemeinschaften und Privatwirtschaft für einen vernetzten, entwicklungsorientierten Prozess gewinnen, der eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung gestattet?

Der Ansatz der territorialen Entwicklung stellt systemische Wechselwirkungen, Machtstrukturen, Markt- und institutionelle Netzwerke sowie unterschiedliche Akteure in den Mittelpunkt und analysiert diese. Er versteht sich als prozessbegleitender Ansatz, der das Entstehen von tragfähigen Zusammenschlüssen mit hoher Eigenverantwortung anstoßen und konsolidieren möchte.

Voneinander lernen – miteinander gestalten

Hierbei besteht ein besonderer Vorteil darin, dass in der territorialen Entwicklung Ansätze verschiedener Interventionsbereiche (wie Wertschöpfungskettenförderung und Schaffung landwirtschaftlicher und außerlandwirtschaftlicher Einkommen aus der Wirtschaftsförderung; Förderung der Dezentralisierung und der Zivilgesellschaft aus dem Bereich der guten Regierungsführung etc.) vereint werden können. Ein großer Erfolgsfaktor besteht darin, sich von bewährten Ansätzen der o.g. Interventionsbereiche aber auch der Regionalentwicklung in verschiedenen Regionen – nicht nur unseren Partnerländern sondern auch in Deutschland und Europa - inspirieren zu lassen, um diese auf ihre Übertragbarkeit zu testen und sie, gegebenenfalls in Einzelementen, in neuen Kontexten anzupassen und umzusetzen.

In diese Logik ordnet sich die hier in diesem Rahmen entstandene Partnerschaft zwischen Fachkräften von DED und GTZ zum Austausch von bewährten Instrumenten ein, aber auch der Fachdialog mit regionalen Akteuren im Sauerland, deren Initiativen im Rahmen einer Fachexkursion besucht werden konnten.

Instrumente / Methoden / Ansätze zur territorialen Entwicklung (DED-Erfahrungen, zusammengetragen aus mehreren Ländern)

Bilan Villageois – Dorfbilanz

Ahringhoff, Werner

1. Titel des Instruments:

„Bilan Villageois“ – Dorfbilanz: Partizipatives Verfahren zur Planung und Evaluierung von Maßnahmen des Ressourcenschutzes auf Dorfebene in Burkina Faso



Foto: Ahringhoff, Werner

2. Drei gute Gründe für die Auswahl:

- **Fehlen traditioneller Planungsgrundlagen:** Interventionsgebiet ist gekennzeichnet durch weitgehend analphabetische Bevölkerung, die den Einsatz klassischer Planungs- und Evaluierungsverfahren schwierig machen
- **Empowerment:** Die Arbeit in Untergruppen eröffnet marginalisierten Gruppen, insbesondere Frauen, die Möglichkeit ihre Interessen systematisch einzubringen, so dass sie zukünftig selbstverständlicher in die Planung und Evaluierung einbezogen werden können
- **Lernen eines gesamträumlichen Blicks:** Maßnahmen des Ressourcenschutzes werden häufig isoliert und fragmentiert eingesetzt, so dass das Potenzial einfacher

Ressourcenschutzmaßnahmen von den Dorfbewohner-innen und Dorfbewohnern nur unzureichend ausgenutzt wird

3. Ausgangslage/ Problemstellung:

Zielgruppe des Projekts war die ländliche Bevölkerung auf Dorfebene in Gestalt der Dorfkomités, die einzige legitime Instanz vor Ort. Gemeinsam mit den Dorfkomités wurde eine jährliche Planung von Ressourcenschutzmaßnahmen vorgenommen wie beispielsweise dem Bau von Steinwällen zur Erhöhung der Wasserinfiltration auf den Feldern zum Anbau von Hirse.

Das Interventionsgebiet des Ressourcenschutzprojektes, Projet Agro- Ecologie du Sahel, ähnelte nach zehnjähriger Laufzeit (1986 – 1996) zunehmend einem riesigen Flickenteppich, der sich auf drei burkinische Provinzen erstreckte. Das eigentliche Ziel des Projekts, eine integrierte ländliche Entwicklung systematisch und flächendeckend voranzutreiben, ausgelöst durch den Einsatz einfacher und aufeinander abgestimmter Ressourcenschutztechniken, rückte zunehmend in weite Ferne. Dieser Umstand wurde noch erschwert durch das Fehlen eines abgestimmten M+E Systems. Das führte 1996 auf der Ebene des Projektteams in der Provinz Seno zu der Entscheidung, eine projekteigene Standortbestimmung vorzunehmen, um einen Überblick zu gewinnen, was nach einer zehnjährigen Intervention mit einfachen und angepassten Ressourcenschutztechniken vor Ort wirklich erreicht wurde. Das war der Auslöser, um die hier vorgestellte Methode zu entwickeln.

Was soll verändert werden? Eine verbesserte Teilnahme der Zielgruppe an der Maßnahmenplanung und -evaluierung zielt zunächst auf eine Erhöhung der Qualität der ausgewählten und aufeinander abgestimmten Erosionsschutz-maßnahmen ab. Dadurch lernen die Dorfkomités sukzessive, einen gesamtäumlichen Blick für ihre Dorfgemarkung zu entwickeln. Der Einsatz von partizipativen Methoden zielt aber auch auf eine bessere Teilhabe aller betroffenen Zielgruppen ab (empowerment). Dadurch können im Vorfeld mitunter Konflikte um Ressourcennutzung erkannt und konstruktiv bearbeitet werden. Außerdem leistet die regelmäßige Anwendung der Dorfbilanz einen Beitrag zur institutionellen Stärkung der Instanz Dorfkomité.

4. Angestrebter Lösungsansatz: wie soll es verändert werden?

Durch regelmäßige Anwendung des Planungs- und Evaluierungsverfahren einmal pro Jahr d.h. im Rahmen der jährlichen Projektplanung und -evaluierung mit den Beratern der Landwirtschaftsbehörde ist das Verfahren auf Dorfebene institutionalisiert worden. Nach etwa fünfjährigem Einsatz muss untersucht werden, inwieweit eine veränderte Landnutzungsplanung wirklich stattfindet.

5. Zielgruppe (an wen richtet sich das Instrument?)

Das Dorfkomité („Groupement Villageois“), das sämtliche Angelegenheiten auf Dorfebene steuert. Seinem Charakter nach ein sozioökonomisches Basisgremium, indem Vertreterinnen und Vertreter der Alten, der Frauen, der Ackerbauern, der Viehhalter sowie der Jugend repräsentativ vertreten sein sollen. Das Dorfkomité ist Ansprechpartner der Kreisverwaltung und wird vom Dorfvorsteher geleitet. Es ist Ansprechpartner für alle Projektinterventionen.

6. Mittler (wer wendet es an?)

Partnerorganisation des PAE/S war die burkinische Landwirtschaftsbehörde DRAA („Direction des Ressources Animales et d'Agriculture“), ausgestattet mit einem dichten Netz landwirtschaftlicher Berater. Die landwirtschaftlichen Berater haben vor Ort, in den jeweiligen Kreisen ihren Sitz und arbeiten regelmäßig mit den Dorfkomités zusammen. Sie sind an das landwirtschaftliche Training & Visit- Programm, finanziert von der Weltbank, angebunden und führen in diesem Zusammenhang regelmäßige Fortbildungen zu einschlägigen landwirtschaftlichen Themen (z.B. Schädlingsbekämpfung durch den Einsatz von Neembäumen) durch.



Foto: Ahringhoff, Werner

7. Beschreibung der Anwendung (Rahmenbedingungen, Hinweise, Ablauf, Zeitbedarf)

Eine bessere Einbeziehung unterschiedlicher Gruppen in die Evaluierung und Planung von Projektaktivitäten wurde auf der Grundlage partizipativer Methoden angestrebt. Im Kern steht dabei eine **Evaluierungs- und Planungsmatrix**, die angereichert mit visualisierten PRA-

Elementen, den Prozess der Selbstevaluierung steuert. Im Laufe dieses Evaluierungsprozesses werden sämtliche durchgeführte Aktivitäten sowohl aus der Sicht des Dorfkomités als auch aus Sicht des landwirtschaftlichen Beraters evaluiert. Die Analyse und Diskussion der Ergebnisse führen dann -in einem zweiten Schritt- zu einer neuen und substanzielleren Jahresplanung, weil die „lessons learnt“ aus der Selbst-evaluierung des Dorfkomités in diese Planung einfließen. Diese methodische Innovation ließ sich problemlos in den bisherigen Planungs- und Evaluierungsablauf des PAE/S integrieren. Für die Durchführung der Evaluierungen und anschließenden Planungen wurde ein Leitfaden verfasst als Arbeitsgrundlage für die Dorfberater/innen. Je nach Größe des Dorfes und Umfang der umgesetzten Ressourcenschutzmaßnahmen sind für den Evaluierungsprozess ein halber oder ein ganzer Tag einzuplanen. Die **Evaluierungsmatrix** sollte dabei auf Krafft-Papier gezeichnet werden, das auf eine kleine Sperrholztafel gesteckt wird und verbleibt als Dokument beim „Gestionnaire“ des Dorfkomités. Die Art der geplanten bzw. umgesetzten Aktivitäten werden dabei als Bilder gezeichnet, die Anzahl der Aktivitäten in Form von Strichbündeln, eine traditionelle Zählweise, festgehalten und die Evaluierung in Form einer dreistufigen Skala („Gut, Durchschnittlich, Schlecht“) in Form von „Smileys“ dargestellt (☐☐☐). Die letzte Spalte der Matrix bleibt eine offene Kommentarspalte für Wichtiges aus der Diskussion. Jeder/e Teilnehmer/in des Dorfkomités, die an der entsprechenden Aktivität mitgewirkt hat, hat dabei eine Stimme für die Bewertung der umgesetzten Aktivität aus seiner/ihrer Sicht:

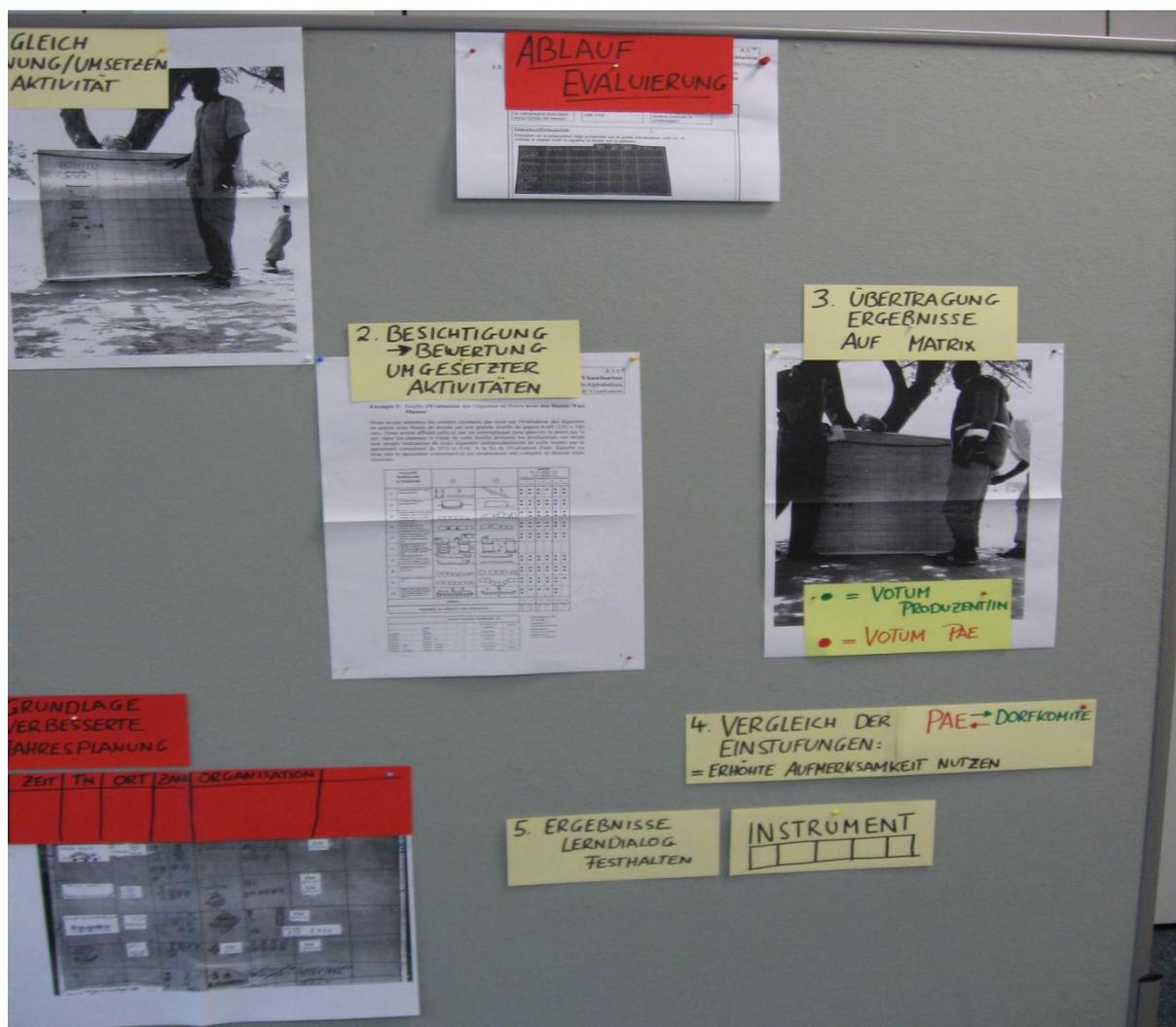


Foto: Ahringhoff, Werner

Der Ablauf der Evaluierung auf Dorfebene im Einzelnen:

1. Vorstellung des Instruments auf der Versammlung des Dorfkomités durch den Berater der Landwirtschaftsbehörde
2. jede/r Teilnehmer/in wird aufgefordert ein Votum pro Aktivität abzugeben: was und wie viel wurde geplant? Was wurde davon wirklich umgesetzt?
3. Stichprobenhafte Besichtigung der umgesetzten Ressourcenschutzmaßnahmen durch den landwirtschaftlichen Berater (PAE) und der Produzentengruppe. Bewertung der Qualität der Maßnahme aus Sicht der Produzenten und aus Sicht des PAE. Die Bewertung des PAE orientiert sich an den Qualitätskriterien der geleisteten thematischen Fortbildung, beispielsweise wodurch ist ein guter Steinwall gekennzeichnet? Bei dieser Evaluierung kommen weitere visuelle Instrumente zum Einsatz, z.B. eine Matrix zur Evaluierung des Steinwallverbau, die sich auf 10 wichtige Qualitätselemente konzentriert.
4. Nachdem alle „Bauwerke“ und Maßnahmen besichtigt und diskutiert wurden, werden die Ergebnisse pro Maßnahme auf die Evaluierungsmatrix übertragen. In einer Farbe geben die Produzentinnen und Produzenten ihr Votum ab, in einer anderen Farbe das PAE, repräsentiert durch den landwirtschaftlichen Berater bzw. dem Projektpersonal.

5. Danach werden die Ergebnisse verglichen: wo gibt es Unterschiede in der Bewertung, wo stimmen Projekt und Produzenten überein? Diese Phase einer erhöhten Aufmerksamkeit ist geeignet, die projekteigenen Qualitätskriterien noch mal zu erläutern, insbesondere wenn die PAE- Bewertung schlechter ausfällt als die der Produzenten.
6. Wichtige Erkenntnisse dieses „Lerndialogs“ zwischen Projekt und Produzenten werden in der Kommentarspalte festgehalten. Die ausgefüllte Evaluierungsmatrix verbleibt im Dorf und kann für spätere Besprechungen herangezogen werden (Aufwertung des Instruments: Lernen eine gemeinsam getroffene und fixierte Vereinbarung zu nutzen)
7. Die Ergebnisse der Evaluierung in Form der ausgefüllten Evaluierungsmatrix werden für die Jahresplanung zwischen Dorfkomitee und Projekt herangezogen und auf einer Planungsmatrix festgehalten.

Tabelle **Evaluierungsmatrix** - Momentaufnahme im Prozess der Entstehung:

Aktivität	geplant	realisiert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Kommentar
Steine sammeln in Haufen	IIIIII IIIIII IIIIII	IIIIII IIIIII				
Bau von Steinwällen in Schrittlänge						
Vegetationsbänder in Schrittlänge						
Agroforstmaßnahmen: Anzahl von Bäumen pro Feld						

Tabelle **Planungsmatrix** am Beispiel Organisation des Steinesammelns:

Aktivität	Zeitraum	Teilnehmer/innen	Ort	Anzahl	Organisation
Steinesammeln für den Steinwallbau und Ravinenverbau	März, dargestellt durch eine starke Sonne	IIIIII IIIII IIIII junge Männer IIIIII IIIIII Mitglieder der Frauengruppe	Steinbruch am Dorfrand von Babirka	Steinhaufen: 35	Organisiert durch das Dorfkomitee

P.S. Die hier verwendeten Textteile werden in der Praxis durch Bildsymbole ersetzt. Während des Workshops wurden dazu Bilder gezeigt.

8. Erfolgsfaktoren/zu beachtende Risiken bei der Anwendung:

Erfolgsfaktoren: Der Einsatz des Instruments stieß in den Dorfkomitees auf großes Interesse und Neugierde, die Beteiligung auf der Versammlung des Dorfkomitees hatte sich deutlich verbessert, jeder kam zu Wort. Insbesondere traditionell benachteiligte Gruppen wie Frauen und junge Männer konnten sich besser artikulieren und werden in ihrer Rolle aufgewertet. Die Einhaltung getroffener Vereinbarungen zwischen Projekt und Dorf konnte im Folgejahr

verbessert werden. Die erfolgreiche Testphase dieses Instruments führte dazu, dass die Dorfbilanz ein fester Standard im M+E- Systems des Vorhabens wurde.

Risiken bei der Anwendung: unter der Voraussetzung, dass der Leitfaden der Evaluierung angewendet wird, bestehen keine Risiken in der Anwendung. Der Einsatz des Instruments wurde vor der Standardisierung lange mit unterschiedlichsten Dorfberatern erprobt und entsprechend angepasst. Auch Dorfberater mit sehr geringen Moderations- bzw. Beratungskennnissen kamen damit gut zurecht. Die Anwendung der Methode ist sehr einfach. Angesichts der vorherigen „Top- Down“- Evaluierungspraxis im Projekt ist ein Risiko nicht erkennbar.

9. Konkrete Auswirkungen:

Siehe hierzu Punkt 4. Die mit diesem Instrument beabsichtigten längerfristigen Verhaltensänderungen auf der Ebene der Produzenten, Lernen eines gesamt-räumlichen Blicks auf die Topografie des Dorfes als Grundlage für die Auswahl einer angepassten Erosionsschutzmaßnahme, habe ich nicht mehr selbst mit erleben können. Ich weiß nicht, ob nach etwa 5 Jahren eine projektinterne Evaluierung zu einer Veränderung von Landnutzungsplanung stattgefunden hat.

Ansätze zu Verbesserung der nachhaltigen Bewirtschaftung forstlicher Ressourcen im indigenen Kontext der Awa im Norden Ecuadors

Ebertseder, Manfred



Foto: Ebertseder, Manfred

1. Ausgangslage/Problemstellung:

Die Awa verfügen über ein 117.000 Hektar großes kollektives Territorium in welchem 22 Gemeindezentren mit einer Bevölkerung von ca. 3700 Personen angesiedelt sind. Insgesamt wurden 2001 in einer Inventur 70.000 Hektar Primärwald mit hoher Biodiversität festgestellt. Das Territorium wurde der FCAE, dem Dachverband der Awa, nach langjährigen Verfahren aus staatlichen Waldflächen zugesprochen und ist die einzige (Über-) Lebensgrundlage der Awa. Verantwortliche Behörde war das Umweltministerium.

Holzfirmen versuchen seitdem über lokale Mittelsmänner an die bedeutenden Holzreserven des Territoriums zu gelangen. Ebenso sind Bergbaufirmen (meist illegale mittelständische „Firmen“) bestrebt, in dem goldreichen Territorium Schürfrechte oder Durchfahrtsrechte zu erwerben. Die umliegende, mittlerweile landlose afro-ecuadorianische Bevölkerung, die ihren Grund und Boden bereits an die benachbarten Palmölfirmen verkauft hat, versucht über Landbesetzungen oder politische Einflussnahme erneut an Grundbesitz und die Holzreserven zu gelangen. Zudem wird in hohem Masse illegal Holz genutzt, welches auf dem nationalen Markt vertrieben wird. Man geht davon aus, dass in Ecuador ca. 60% des vermarkteten Holzes aus illegalen Quellen stammt.

Die FCAE ist ein relativ gut organisierter Verband, hatte jedoch vor noch 5 Jahren eine geringe politische Einflussnahme, besonders auf Ebene der Gemeinde-, Stadt- und Provinzverwaltungen. Daraus resultierte u.a. eine sehr schlechte medizinische und schulische Versorgung. Das Awa Territorium ist nicht mit Straßen oder Wegen erschlossen, was zwar den Wald erst einmal schützt, aber eine Vermarktung der wenigen landwirtschaftlichen Produkte aus der Subsistenzwirtschaft erschwert. Die Holzbringung ist aus diesen Gründen ebenso schwierig und von den Wasserständen der naheliegenden Flüsse abhängig. Der Lebensunterhalt wird von der Jagd, Fischerei, Tagelöhneri und kleiner Landwirtschaft betrieben. Demgemäß gehören die Awa zu den ärmsten Bevölkerungsgruppen Ecuadors.

2. Angestrebter Lösungsansatz unter Berücksichtigung partizipativer Ansätze in der Flächennutzung und nachhaltigen Bewirtschaftung der forstlichen Ressourcen:

Seit 1998 existiert im Rahmen einer institutionellen Strategie der FCAE ein Programm zu Erhaltung der natürlichen Ressourcen. Dieses Programm sieht u.a. die Konsolidierung einer nachhaltigen Forstwirtschaft vor. Programmverantwortliche sind Funktionäre des Dachverbandes, es besteht allerdings eine hohe Personalfuktuation in diesen Ämtern. Die Funktionäre sind zudem i.d.R. nicht für dieses Amt ausgebildet. Vielleicht wird aus diesem Grund im indigenen Kontext immer wieder der Wunsch nach der Schaffung eines multidisziplinären, technischen (externen) Teams laut, welches für die Einführung und Konsolidierung nachhaltiger Bewirtschaftungsmethoden verantwortlich sein soll. Die Schaffung von eigenen (technischen) Kapazitäten steht zunächst (für die FCAE) im Hintergrund. So wird derzeit zur Umsetzung des Forstprogramms ein Forstingenieur sowie zwei Forstpromotoren über ein EU Projekt und den DED co-finanziert. Außerdem arbeitet ein Entwicklungshelfer in der Verbesserung der Produktion und Vermarktung kommunaler Waldprodukte. Der Grundgedanke ist, über einen Mehrwert und günstigere Produktionsbedingungen höhere Einkommen zu erzielen und als Konsequenz daraus die natürlichen Ressourcen zu erhalten.

3. Zielgruppe und Mittler:

Zielgruppe ist die Bevölkerung von 4 bis 5 Gemeindezentren, die in der tropischen Region des Küstentieflandes an der kolumbianischen Grenze angesiedelt sind. Mittler, wenngleich in gewissem Masse ebenso Zielgruppe, ist der Dachverband FCAE und die nationale NRO Altropico.

4. Beschreibung der Anwendung und des methodischen Vorgehens:

Rahmenbedingungen:

Produkte aus nachhaltiger Bewirtschaftung, z.B. der Forstwirtschaft, müssen einen Mehrwert gegenüber den illegalen Forstprodukten haben. Dies könnte man hauptsächlich über Wertschöpfungs- oder Produktionsketten erreichen, zu deren Bestandteile u.a. Zertifizierungsmechanismen gehören. Diese sind jedoch oft sehr teuer, und bedürfen einer stetigen Kontrolle. Außerdem sind sie in kollektiven Besitzverhältnissen nur bedingt anwendbar.

Das gleiche gilt für staatlichen Anreizsysteme zum Schutz von Primärwald, wie dem „Socio Bosque“ (nationale Version von REDD).

Zudem funktionieren die staatlichen Kontroll- oder Monitoring Mechanismen für nachhaltige Bewirtschaftungsmethoden meist vor Ort nicht, sodass bei den Zielgruppen selbst Kapazitäten geschaffen werden müssen, was ebenso nur bedingt Erfolg versprechend ist, da innerhalb der Zielgruppen oft soziale oder verwandtschaftliche Bande bestehen, die das System aufweichen könnten.

Landnutzungsplanung ist oft Kompetenz lokaler staatlicher Verwaltungen, wird jedoch, wenn überhaupt, auf dem Schreibtisch praktiziert und oft über Vergabeverfahren an externe Consultants vergeben. Die lokale Bevölkerung wird i.d.R. nicht in die Planungsprozesse einbezogen, und als Konsequenz werden die erzeugten Pläne nicht von der Bevölkerung anerkannt, sodass die Umsetzung schon aus diesen Gründen nicht erfolgen kann. Ein Umdenken bei den Behörden ist schwierig und nur über nationale Richtlinien, oder z.B. mit einer Koppelung von Qualitätskriterien der Pläne mit der Ausschüttung von Geldern für die kommunalen Haushalte erreichbar.

Allgemein bilden folgende momentane Rahmenbedingungen Barrieren für eine nachhaltige Bewirtschaftung von forstlichen Ressourcen:

- Fehlende langfristige Finanzierung von lokalen Forst promotoren und Forstingenieuren aus eigenen Quellen.
- Fehlende Beständigkeit in der Sensibilisierung der Bevölkerung (Gemeindezentren) zur Notwendigkeit einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung.
- Fehlende Förderung flankierender alternativer Einkommensquellen.
- Verbesserung der Grundversorgung der betroffenen Bevölkerung (Krankenversorgung, Schulwesen, etc.), immer als Bedingung zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung, sowie politische Lobbyarbeit.
- Fehlende Umwelterziehung unter Berücksichtigung des traditionellen Weltbildes der Zielgruppe (Kosmovision).
- Es besteht nicht immer eine straffe Organisation als Vertretung der Zielgruppe (Dachverband **mit** anerkannter Repräsentativität).
- Fehlende intakte und funktionierende Forstgesetzgebung; Korruption ist einer der Hauptgründe, warum nachhaltige Bewirtschaftungskonzepte scheitern.

Konzeptionelle Ansätze:

Strategische Rahmenplanung mit der FCAE und anderen relevanten Akteuren:

Ein wichtiger Ansatz, eine strategische Richtung in der Arbeit vorzugeben, die mit der FCAE abgestimmt ist, waren Planungsworkshops mit Mitgliedern des FCAE Vorstandes und die beständige Entwicklung von Wirkungsketten. Auch wenn ein strategischer Rahmen bereits nach dem ersten Workshop etabliert war, der dann auch mit der Definition von Arbeitsplätzen mit der FCAE und anderen Akteuren konkretisiert wurde, dauerte es doch fast zwei Jahre, bis die FCAE das Konzept der Wirkungsketten anerkannte.

Bodennutzungsrechte:

Eine vom DED unterstützte EFK (nationaler Förster) regelt zusammen mit dem Rechtsanwalt des Dachverbandes die grundrechtlichen Fragen (z.B. Legalisierung der betreffenden Waldstücke, soweit noch nicht vorhanden). Dieser Grundbrief (immer kollektive Grundrechte der Gemeindezentren) wird entweder vom Umweltministerium (staatliche Forstreserven) oder bei anzestralen Nutzungsrechten, vom Nationalen Institut für Bodenrechte (hoher Korruptionsgrad) ausgestellt und ist oft an eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen als Kondition gebunden. Im

Optimalfall wird bei diesem Vorgang auch eine Führungskraft des Dachverbandes als „Paralegal“ über eine dazu spezialisierte NRO ausgebildet, oder wenn bereits vorhanden wirkt diese an den Formalitäten mit.

Forstliche Bewirtschaftung:

Die Existenz eines kommunalrechtlichen Grundbriefes ermöglicht die Erstellung von forstlichen Bewirtschaftungsplänen für eine legalisierte Holznutzung mit Kriterien der Nachhaltigkeit. Diese Pläne werden zusammen mit den Gemeindemitgliedern und unter der Mitarbeit von indigenen Forst promotoren erarbeitet und im Anschluss mit den Gemeindemitgliedern umgesetzt.

Auch eine grundsätzliche Position zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Forstressourcen soll konsolidiert werden. Dies versucht man über forstliche Regelwerke, die mit dem Förster, dem EH und den Promotoren im Grundschemata und unter Einbezug der Gemeinden erarbeitet wurden. Die Gewinnung der Gemeindemitglieder zur Anerkennung des Regelwerkes ist jedoch schwierig. Scheinbar wollen sich die Gemeindemitglieder, oder

einige Familien nicht an Regelwerke binden lassen, da sonst ihre Eigeninteressen (Grundbesitz, Viehzucht, nicht Abschätzbarkeit der Konsequenzen) beeinträchtigt würden.

Das genutzte Holz wird i.d.R. als Bohlenholz (mit Motorsäge eingeschnitten) mit geringem Gewinn an lokale Holzhändler verkauft. Dieser Praxis steuert man entgegen, indem das Holz in Produktionsketten weiterverarbeitet werden soll. Ein kürzlich gegründetes Unternehmen der Awa, welches unter der Führung und Verwaltung des Dachverbandes steht, soll Mehrwert schaffen und das Einkommen, bzw. die Rentabilität der Eingriffe erhöhen. Dazu gehören bessere Schnittqualität der Bretter bzw. Bohlen, und neue Produkte, die nicht nur Edelhölzer berücksichtigen, sondern auch andere nicht so sehr marktfähige Holzarten. Eine verbesserte Schnittqualität alleine reicht jedoch nicht aus um mit den anderen Holzproduzenten mit ihrem illegalen Holzangebot mithalten. Der Marktpreis des Holzes ist daher relativiert und aufgrund illegaler Nutzung i.d.R. nicht konkurrenzfähig, ein Detail, welches z.B. bei PPP Projekten eine große Rolle spielt, wenn hier von „nationalüblichen Marktpreisen“ die Rede ist.

Flächennutzungsplanung:

Angewandtes Instrument /Methode kann hier das Mapping sein. Es soll in folgenden Schritten die nachhaltige Nutzung des Territoriums sichergestellt werden. Allerdings stößt eine Flächennutzungsplanung in indigenen Territorien oft auf interne Widerstände, die wiederum auf Eigeninteressen und interne Nutzungskonflikte zurückzuführen sind:

Folgende Vorgänge wurden z.T. in der Vergangenheit praktiziert:

- (Gemeinde-) interne Entscheidungsfindung welcher Waldabschnitt eventuell zu welchem Zweck auf dem Gemeindegebiet erhalten werden soll (z.B. Ritualplätze, Reserveflächen, Flächen von besonderer Wichtigkeit für die Wasserproduktion, Fortpflanzung von Wildtieren, etc.). Hierbei auch Festlegung von Bioindikatoren aus Sicht der Indigenen (nach welchen Kriterien ist ein Wald oder eine Fläche aus Sicht der Betroffenen intakt).
- Formulierung einer Bedarfsliste der Betroffenen für Produkte aus dem Wald (z.B. Brennholz, Bauholz, Wildtiere, Waldfrüchte, rituelle Aktivitäten).
- Beschreibung vonseiten der Zielgruppe welche Maßnahmen notwendig sind, um die Bedarfe in Zukunft erfüllen zu können.
- Erfahrungsaustausch zwischen verschiedenen Gruppen die unter ähnlichen Bedingungen leben (z.B. Shuar in der Amazonasregion).

Hier wird hauptsächlich Aufklärungsarbeit und Fortbildung sowohl bei den Awa, als auch auf den Regierungsebenen (Fortbildung) betrieben. Ebenso will man verdeutlichen, dass Raumordnungsplanung als Instrument zur lokalen Wirtschaftsförderung genutzt werden kann. In Zukunft plant der DED eine Fortbildung in der PACA Methode durchzuführen, wo die wirtschaftlichen potentiale der Region als Grundlage für weitere Planungen dienen sollen. Dieser Ansatz soll vor allem im Zusammenhang mit PPP Projekten in den Pufferzonen des Awa Territoriums genutzt werden.

Eine weitere Begleitmaßnahme ist die Stärkung der Zivilgesellschaft in der Region und damit im direkten Umfeld der Awa. Die Bildung und Stärkung eines „Corredor de Vida“ mit vielen Mitgliedern (Gemeinden, NGOs, Kommunen, staatliche Planungsbehörden, etc.) zugunsten einer nachhaltigen und umweltverträglichen Entwicklung der Region ist hier sowohl im Kontext der Flächennutzungsplanung als auch der politischen Einflussnahme Hauptansinnen

Schaffung von Kapazitäten in politischer Einflussnahme:

Einige innerhalb der (indigenen) Hierarchie, z.B. in Vollversammlungen gewählte Mitglieder des Dachverbandes sollen in Rechtskursen zu „Paralegales“ ausgebildet werden. Zu den Ausbildungsmodulen gehören neben Themen in Umwelt- und Bodenrechten,

Verhandlungstechniken und Konfliktsensibilität sowie Inhalte der ecuadorianischen Verfassung (Bildung indigener Territorien als Gebietskörperschaften).

Außerdem soll eine Stärkung der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und der Repräsentativität der Zielgruppe im Besonderen stattfinden (z.B. Ausbildungsstätten für Gemeindeführer, Workshops zur Erläuterung von Konzepten, Sensibilisierung von Vertretern staatlicher Einrichtungen). Durch vermehrte Kommunikation und die Entwicklung konkreter Vorschläge – Visionen zur Regionalentwicklung, den Einbezug lokaler Wirtschaftsförderung sollen Potentiale der Region zunehmend erkannt und diese gefördert werden.

5. Erfolgsfaktoren und zu beachtende Risiken:

Das Anlernen von einheimischen Fachkräften als einer der zentralen Erfolgsfaktoren für Tätigkeiten im Unternehmen der Awa ist ein langwieriger Prozess und soll über Projektfinanzierungen konsolidiert werden. Dadurch werden auch ein Teil der Kosten des Försters und der Forstpromotoren beglichen. Bei der immer relativ kurzen Laufzeit von Projekten (z.B. 4 Jahre), ist mit diesem Ansatz keine Nachhaltigkeit gewährleistet.

Entscheidungen werden immer in Gemeindevollversammlungen getroffen. Ausbildungsstand, Eigeninteressen von einzelnen Familien und eine systematische Kontinuität bereiten aber in der Umsetzung langfristig große Probleme.

Mehrwerte über z.B. Zertifizierungsprozesse scheitern häufig an der geringen Resonanz der Konsumenten. Für Exporte reicht oft die Menge und Qualität nicht aus, abgesehen davon, dass die betroffenen Flächen kollektive Besitzrechte haben, die jedoch intern aufgeteilt sind in Gemeindegebiete und familiäre Grundbesitze (ohne zusätzliche Verbriefung). Zertifizierung hat in diesem Kontext nur auf Ebene von landwirtschaftlichen oder über Agroforstprodukte (z.B. Kakao oder Kaffee) Aussichten auf Erfolg.

Als Konsequenz zu den wenigen Alternativen wird weiter auch illegal Holz genutzt, besonders bei Geldmangel (Notfälle, Konsumnachfrage, etc.). Die Waldfläche des kollektiven Grundbesitzes der Awa zum Beispiel, die 2001 mit 70.000 Hektar benannt wurde, misst nach kürzlich vorgenommenen Satelliten gestützten Angaben nur noch 50.000 Hektar. Diese unbefriedigende Situation einer Entwaldung von ca. 25% in weniger als 10 Jahren, trotz des im Dachverband institutionalisierten Forstprogramms, ist ernüchternd und wohl auf die fehlenden positiven Rahmenbedingungen zurückzuführen. Man muss auch bedenken, dass das Forstprogramm während dieser Zeit mit unterschiedlicher Intensität betrieben wurde (siehe Lessons Learnt Workshop, der vom DED zusammen mit der FCAE im Mai dieses Jahres veranstaltet wurde).

Die Landnutzungsplanung ist im indigenen Umfeld kein geeignetes Instrument um nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen zu gewährleisten. Diese Konzepte sind Indigenen (zumindest den Awa) fremd, und werden in der Regel falsch interpretiert und damit abgelehnt (Raumordnungsplanung wird gleichgesetzt mit Enteignungsverfahren). Die Kompetenzverlagerung der Raumordnungsplanung auf die lokalen Regierungsebenen (als nationale Politik zur Dezentralisierung) und die Befürchtung, eine Raumordnungsplanung könnte ohne Beteiligung der Awa stattfinden und eventuell den Zugang zu öffentlichen Mitteln erschweren, wirken motivierend. Zu dieser Motivation trägt auch die kontinuierliche Aufklärungsarbeit des DED mit der ZG teil.

Eine erhöhte Transparenz und bessere interne Kommunikation und Information bezüglich der Entscheidungsfindung innerhalb der FCAE sowohl in Themen der politischen Einflussnahme, als auch in Grundsatzentscheidungen, den Holz- und Bergbaufirmen keinerlei Raum zu lassen, wird seit kurzem über eine alle zwei Monate stattfindende erweiterten „Regierungsrat“ der Awa gewährleistet. In diesem Rat sind die Vorstände aller

Awa Gemeindezentren vertreten. Hier werden Strategien beschlossen, und Information über die Beiträge der Hilfsorganisationen eingeholt .

6. Konkrete Auswirkungen:

Es scheint, dass der Sensibilisierungsgrad der Awa Bevölkerung im Zusammenhang mit der forstlichen Bewirtschaftung gestiegen ist. Allerdings ist hier eine signifikante Steigerung des Einkommens noch nicht erfolgt. Das forstliche Regelwerk ist zudem abgelehnt worden. Es existieren mehrere forstliche Bewirtschaftungspläne die auch umgesetzt werden, und die Forstpromotoren sind weiterhin Teil des forstlichen Teams. Momentan läuft auch ein größeres Projekt an, an welchem u.a. der WWF Kolumbien, und mehrere nationale NRO teilhaben. Das Awa eigene Unternehmen zur Vermarktung von Produkten der Awa ist konsolidiert, Vermarktungskanäle sind im Aufbau, u.a. für das Kleinkunsthandwerk, an dem überwiegend Awa Frauen beteiligt sind. Die Implementierung eines kleinen Sägewerks und mehrerer Schreinereimaschinen bieten die Grundlage zur Weiterverarbeitung von Holz, wenngleich in diesem Kontext langfristige Anstrengungen in der Ausbildung der Betreiber unternommen werden müssen.

Die wirtschaftliche Belebung des Awa Territoriums wirft auch immer wieder die interne und konfliktbeladene Diskussion zum Straßenbau auf, ein heikles Thema wenn man die Bedrohung durch Holz- und Bergbaufirmen und die Palmölindustrie, und den gleichzeitig sehr niedrigen Bildungsstand der Awa bedenkt.

Inwieweit die bisher geförderten Instrumente zur politischen Einflussnahme sich bereits etabliert haben, werden die am Ende des Jahres anstehenden Wahlen zeigen, wo der gesamte FCAE Führungstab neu gewählt wird.

Kommunale Entwicklungsagenturen zur Förderung der Privatwirtschaft

Jacobsen, Friedrich-Carl

- **Drei gute Gründe für die Auswahl**

1. Stärkung der Rolle der Privatwirtschaft im Prozess der Armutsbekämpfung und
2. Implementierung einer wachstumsorientierten kommunalen Wirtschaftspolitik durch
3. Einsatz effektiver Instrumente des DED (EH, EFK, NFP, Partnerförderung, Mittel am Arbeitsplatz und PPP).

- **Ausgangslage / Problemstellung (was soll verändert werden?)**

Das Unternehmertum hat in Mosambik nur einen schwachen gesellschaftlichen Rückhalt. Der Unternehmer als „wirtschaftliche Funktion“ (*Schumpeter*) findet erst nach und nach die notwendige Akzeptanz. Dessen Rolle im Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung zu verdeutlichen und die unternehmerischen Rahmenbedingungen zu verbessern ist Gegenstand zahlreicher Aktivitäten seitens der Geber. Deren Ziel ist es, durch die Erhöhung des Wirtschaftswachstums übergeordnete Entwicklungsziele (Armutsminderung) zu erreichen.

Die strategisch wichtige Rolle des privaten Sektors bei der Armutsbekämpfung wird von der mosambikanischen Regierung erst mit dem 2. Armutsbekämpfungsprogramm (ab 2006) betont. Dieses war eine wichtige Voraussetzung, um die Notwendigkeit einer Politik zur Stärkung privater Wirtschaftsaktivitäten ins Blickfeld politischer Akteure und öffentlicher Administratoren zu rücken.

Nachdem bisher die Distrikte im Mittelpunkt zentralstaatlicher Entwicklungsaktivitäten standen („Polos de Desenvolvimento“) und die Geber sich im Wesentlichen dieser Politik anpassten und ihre Armutsbekämpfungsstrategien auf ländliche Regionen konzentrierten, hat die seit Anfang 2010 amtierende Regierung die städtische Armut „entdeckt“. Zunehmend rücken urbane Gebiete, insbesondere die selbstverwalteten Munizipien, in das entwicklungspolitische Interesse.

Die Konzentration wirtschaftlicher Aktivitäten in Städten und die im Vergleich zum Land stärkere wirtschaftliche Dynamik (Größe des Marktes, Intensität unternehmerischer Aktivitäten) bietet günstigere Voraussetzungen für eine wachstumsorientierte lokale Politik als das auf Subsistenz abstellende Wirtschaften in den ländlichen Gebieten der Distrikte.

Die Wirtschaft Mosambiks wuchs im letzten Jahrzehnt mit beachtlichen Raten. Diese lagen teilweise deutlich über denen der Nachbarländer. Es zeigt sich jedoch, dass dieses Wachstum von sehr niedrigem Niveau nach dem Ende des Krieges 1992 ausging und jetzt maßgeblich abhängt von der „Konjunktur“ der Großprojekte. Ein den Wachstumsraten entsprechender Entwicklungsimpuls ist nicht spürbar. Die Dynamik der (auf extraktiver Industrie basierenden und exportorientierten) Großprojekte hat kaum Auswirkungen auf den Rest der Wirtschaft aus. Sie erscheinen als Wachstumsinseln in einem sonst weitgehend

stationären Wirtschaftssystem. „Markterweiternde Effekte“ (*Schumpeter*) und Anstöße für Investitionen gehen von den Trägern des volkswirtschaftlichen Wachstums in Mosambik nicht aus.

Die selbstverwalteten Munizipien (Autarquias) sind eine relativ neue politische Größe im traditionell zentral regierten und verwalteten Mosambik. Die Rolle der Munizipien im Prozess der Dezentralisierung und ihre politische Lobby sind schwach, ihre explizite Einbindung in nationale entwicklungsstrategische Überlegungen erfolgt erst seit diesem Jahr.

- **Angestrebter Lösungsansatz (wie soll es verändert werden?)**

Ziel ist es, die Umsetzung von Kernelementen der nationalen Strategie zur Bekämpfung der Armut auf kommunaler Ebene umzusetzen. Der DED will durch Aktivitäten in den Bereichen Wirtschaftsförderung und Stadtplanung die Rolle der Munizipien im Entwicklungsprozess generell und als Dienstleister für die Bevölkerung im besonderen stärken. Ein Hebel dieses entwicklungspolitischen Ansatzes ist die Unterstützung der privaten unternehmerischen Initiative in den Munizipien (Privatsektorförderung).

Angestrebt wird die Schaffung eines dialogorientierten lokalpolitischen Ansatzes zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Kommune, zur Schaffung zusätzlicher Beschäftigung sowie zur Stabilisierung der Rolle der Munizipien im Prozess der Dezentralisierung durch die Stärkung ihrer Wirtschaftskraft.

Kernelement dieser Politik ist eine institutionelle Plattform (Agentur) zur Entwicklung und Durchführung von Serviceleistungen für Unternehmen sowie von kommunalen Projekten zur Verbesserung der unternehmerischen Infrastruktur am Standort. Die Agentur wird gegründet als gemeinsame „Unternehmung“ des öffentlichen Sektors (der Stadt und eventuell anderer in der Stadt ansässiger öffentlicher Unternehmen), der Privatwirtschaft (Unternehmen, Verbände, Freiberufler) und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

- **Zielgruppe (an wen richtet sich das Instrument)**

Die Dienstleistungen der Agentur richten sich an den wirtschaftlich aktiven Teil der Bevölkerung mit dem Ziel, für ihn die Geschäftsbedingungen in der Stadt zu verbessern. Zielgruppe sind darüber hinaus Politiker und Verwaltungsmitarbeiter, die im Sinne des lokalen wirtschaftspolitischen Dialoges für die Belange der Unternehmen sensibilisiert werden sollen.

- **Mittler, bzw. wer wendet es an?**

Zielgruppe und Anwender (Kunden) des Instrumentes (Agentur) sind weitgehend identisch.

- **Beschreibung der Anwendung (Rahmenbedingungen, Hinweise, Ablauf, Zeitbedarf)**

Die Agentur agiert auf Basis von Statuten und eines internen Reglements (Geschäftsordnung). Diese werden von den Gründungsmitgliedern bzw. nach der Gründung, von der Mitgliederversammlung formuliert. In den Statuten sind die strategischen Ziele und Aufgaben der Agentur definiert. Die Geschäftsordnung regelt die Arbeit der Organe sowie deren Zusammenwirken.

Organe der Agentur sind die Mitgliederversammlung sowie das Direktorium (Exekutiv-Organ) und ein Finanzrat. Die Leitungsgremien sind ehrenamtlich besetzt.

Die Instrumente des DED bieten die Möglichkeit, eine Agentur in Form einer Public-Private-Partnership aufzubauen und über einen begrenzten Zeitraum zu begleiten. Im Rahmen der Beratung von Munizipien kann die Fachkraft

- a. über die Zielsetzung der kommunalen Wirtschaftsförderung informieren,
- b. den Dialog zwischen Privatsektor und Stadt inhaltlich und organisatorisch vorbereiten,
- c. erste gemeinsame Workshops zu konkreten Themen der Stadtentwicklung moderieren ,
- d. geeignete Instrumente zur Wirtschaftsförderung auf lokaler Ebene entwickeln,
- e. bei der Umsetzung einer wirtschaftsfördernden Politik im Munizip assistieren,
- f. und helfen, den adäquaten Rahmen für die institutionelle Verankerung dieser Idee zu formulieren (Konzept und Statuten der Agentur).

Mit Hilfe der Mittel am Arbeitsplatz des EH können die technischen Voraussetzungen für den Start der Agentur geschaffen werden. Die Partnerförderung kann dazu genutzt werden, erste Projekte zu finanzieren. Denkbar ist darüber hinaus der Einsatz von Entwicklungsstipendiaten (ES) im Rahmen des Nachwuchsförderungsprogramms (NFP), wenn konkret definierte Aspekte eines speziellen Themas (Tourismus, Umweltschutz, Stadtplanung, Wasserversorgung, kommunale Buchhaltung, Haushalts- und Finanzwesen ...) untersucht werden sollen.

Besondere Bedeutung wird der schnellen Einarbeitung einer EFK beigemessen. Es ist anzustreben, bereits zu einem frühen Zeitpunkt eine einheimische Experten für die Leitung der Agentur zu gewinnen. Auf diese Weise soll die Nachhaltigkeit und die Existenz der Agentur abgesichert werden.

- **Erfolgsfaktoren / zu beachtende Risiken bei der Anwendung**

Unverzichtbar ist die Unterstützung durch die politisch Verantwortlichen in der Stadt. Hierfür durch Gespräche und Öffentlichkeitsarbeit die Voraussetzungen zu schaffen und gleichzeitig bei den Schlüsselpersonen aus der Wirtschaft für den wirtschaftspolitischen Dialog mit Politik und Verwaltung zu werben, ist wesentliche Aufgabe der Fachkraft in der Anfangsphase seiner Tätigkeit.

Die frühe Einbeziehung einer qualifizierten einheimischen Fachkraft ist ein wichtiger Faktor beim Aufbau einer Agentur.

Wesentliche Aufgabe ist es, die neue Agentur finanziell abzusichern. Der DED steht über einen begrenzten Zeitraum als technischer Partner und Berater zur Verfügung. Eine langfristige finanzielle Absicherung kann aus dieser Partnerschaft nicht geleistet werden. Mittelfristig müssen andere Finanzquellen erschlossen werden (Beiträge privater Gesellschafter, Zuwendungen aus dem städtischen Haushalt, auch eigene wirtschaftliche Tätigkeit, z. B. Büroservice, sollte nicht ausgeschlossen sein). Projektfinanzierungen können durch die Agentur im Rahmen der EZ-Programme akquiriert werden.

Das seit Anfang 2010 erkennbare Engagement der mosambikanischen Regierung für die Munizipien und damit einhergehende Fonds zur Förderung der Entwicklung in den Städten könnten in Zukunft eine relevante Finanzierungsquelle für Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsagenturen werden.

Vermieden werden muss auf jeden Fall, zu Beginn allzu ehrgeizige Projekte auf die Agenda zu setzen. Dieses wird die Kapazität der neuen Struktur überfordern. Teil der Unternehmenspolitik und Aufgabe der Leitungsgremien muss sein, Erwartungen und Wünsche an die neue Struktur auf einem realistischen Niveau zu halten, gleichzeitig aber auch die Erwartungen des Privatsektors und der Bevölkerung soweit zu befriedigen, dass diese ihr Interesse am Projekt nicht verlieren.

- **Konkrete Auswirkungen (was hat sich verändert?)**

Mit der Agentur ist zum einen eine permanente „Zuständigkeit“ für Anliegen der örtlichen Unternehmer geschaffen. Zum anderen wird die Agentur dazu beitragen, mehr Kontinuität in die Verfolgung kommunaler Infrastrukturprojekte zu bringen. Serviceleistungen für die lokalen Unternehmen sowie Infrastrukturprojekte zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Städten übersteigen in aller Regel die Kapazitäten von Kommunalverwaltungen. Die Agentur ist konzipiert als ein strukturpolitisches Instrument, das Prozesse im Bereich der lokalen Wirtschaftsentwicklung anstoßen und voranbringen soll. Es erscheint als entwicklungspolitisch sinnvoll, diese Dienstleistung in enger Anbindung an die Politik, aber außerhalb der Routine der kommunalen Administration sowie mit Beteiligung des privaten Sektors und von Institutionen der Zivilgesellschaft als public-private-Initiative anzubieten.

- **Evtl. weitere Schritte, die es zu entwickeln gilt bzw. damit verwandte Instrumente**

Die in der Agentur institutionalisierte Kooperation zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor soll dazu beitragen, die auf lokaler Ebene vielfach zu beobachtende Diskrepanz zwischen Politik und Wirtschaft zu überwinden. Diese Form der Zusammenarbeit ist neu für alle Akteure. Workshops und Seminare, wie z.B. das LOCATI-Training leisten einen grundlegenden Beitrag zur Weiterbildung der Akteure und zum Verständnis des Ansatzes der kommunalen Wirtschaftsförderung im hier beschriebenen Sinne.

Eine Herausforderung für die Verantwortlichen der Agentur ist die mittel- und langfristige finanzielle Absicherung. Das Engagement des DED bezieht sich auf die Startphase. Mittel- und Langfristig müssen Mittel von anderen Gebern, aus nationalen Fonds und Entwicklungsprogrammen sowie von Privatunternehmen akquiriert werden.

Der Erfahrungsaustausch zu Themen der lokalen Wirtschaftsentwicklung und Privatsektorförderung kann eine Quelle zur inhaltlichen Anreicherung der Aktivitäten einer

Agentur sein. Auch der Austausch mit Strukturen, die in anderen Ländern ähnliche Zielsetzungen verfolgen kann mittelfristig dazu beitragen, ein nationales und internationales Netzwerk zu Methoden und Inhalten der territorialen Entwicklung im Allgemeinen sowie zur Wirtschafts- und Privatsektorförderung im Besonderen zu installieren.



Foto: Jacobsen, Friedrich-Carl

Vilankulo, 16. Dezember 2010

Erosionsschutz durch die Anlage von Kontourlinien in Vietnam

Dr. Rapp, Guenther

Ausgangslage / Problemstellung

Seit mehreren Jahrzehnten ist bekannt, dass Kontourlinien Erosion am Hang reduzieren. Trotzdem ist das Model in Vietnam noch nicht verbreitet. Im Folgenden wird der Prozess der Implementierung dieses Models als Ergebnis einer guten Zusammenarbeit zwischen DED, lokalen Partnern und Zielgruppe beschrieben.

Der DED arbeitet seit 2002 mit der Provinzforstschutzbehörde in Thanh Hoa zusammen. Die Tätigkeit war anfangs auf das Naturschutzgebiet Pu Luong beschränkt und wurde im März 2007 auf die Naturschutzgebiete Pu Hu und Xuan Lien erweitert.

Ziele der Zusammenarbeit sind

- die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Randzonen der Naturschutzgebiete um dadurch den Zwang zur illegalen Nutzung der Ressourcen innerhalb der Gebiete zu reduzieren
- die stärkere Einbeziehung der Bevölkerung in das Management der Schutzgebiete
- die Weiterbildung der Vertreter der Naturschutzbehörden

In den Randzonen des Naturschutzgebiets Pu Hu befinden sich 53 Dörfer, die durch die Einrichtung des Schutzgebietes teilweise sehr stark in ihrer Fläche beschnitten worden sind. Die Bevölkerung besteht zu fast 100% aus Angehörigen der Thai oder Muong Minorität. Im Mittel sind 90% der Bewohner als arm eingestuft. 30% der Bevölkerung haben 2 – 5 Monate im Jahr nicht genügend Reis. Die Dörfer liegen in den bergigen Ausläufern des Schutzgebietes. Die meisten Felder befinden sich auf Hügeln um die Dörfer. Diese Flächen sind stark erodiert und geben nur noch marginale Erträge an Maniok. Immer wieder kommt es deshalb zu illegalen Brandrodungen von Wald. Diese Flächen werden ohne Erosionsschutz bewirtschaftet und nach wenigen Jahren wegen sinkender Erträge aufgegeben.

Angestrebter Lösungsansatz

Da Land immer knapper wird, wurde 2008 in verschiedenen Dörfern das Prinzip der Anlage von Kontourlinien zur Reduzierung des Bodenabtrags vorgestellt. Dieses Prinzip besteht in der Bepflanzung landwirtschaftlich genutzter Flächen mit mehrjährigen Hecken oder Bäumen entlang der Höhenlinien, wodurch der Boden gehalten bzw. aufgefangen wird. Zwischen diesen Reihen werden dann Kulturen mit einer kürzeren Wachstumsperiode angebaut (Bild 1). Die Höhenlinien selbst werden mit Hilfe eines A-Rahmens (Bild 2) so eingemessen, dass der Stein in der Mitte des A-Rahmens im Lot ist. Die Einmessung der kompletten Höhenlinie erfolgt durch das einfache Drehen des A-Rahmens (Bild 3). Der Abstand zwischen den Höhenlinien wird durch die Auge-Hand Methode bestimmt (Bild 4), was automatisch bedeutet, dass sich der Abstand zwischen den Höhenlinien mit steigendem Gefälle verringert. Bei Gefälle über 25° ist ein Anlegen von Konturlinien nicht mehr sinnvoll, da der Streifen zwischen den Konturlinien, der zum landwirtschaftlichen Anbau dient, zu schmal wird und auftretende Erosion nicht mehr kontrollierbar ist. Diese Flächen können dann aufgeforstet werden.

Nach der Vorstellung des Prinzips wurden vier Dörfer ausgewählt und Fördergelder beantragt. Nach Bewilligung der Fördergelder erwiesen sich drei Dörfer auf Grund der Beschaffenheit der Flächen und hoher Transportkosten als ungeeignet und wurden durch andere ersetzt.



Foto: Hannes Zimmer

Erosionsschutz durch Kontourlinien

Letztendlich nahmen 80 Bauernfamilien in vier Dörfern in der Randzone des Naturschutzgebiets Pu Hu an der Massnahme teil. Auf Seite der Verwaltung des des Naturschutzgebiets Pu Hu stand ein Vertreter als ständiger Ansprechpartner zur Verfügung. Von Seiten des DED unterstützten ein Entwicklungsstipendiat und eine Fachkraft die Massnahme. Die Schmitz Stiftungen stellte Gelder zur Deckung der Kosten für Material, Transport und Workshops in Höhe von 22.600 Euro zur Verfügung. Der Beitrag der Zielgruppe bestand in der Leistung der manuellen Arbeit.

In jedem der vier Dörfer wurde in 2009 im Rahmen einwöchiger Workshops das Grundlagenwissen zur Anlage von Kontourlinien vermittelt. Nach der Bestimmung der Projektflächen in den einzelnen Dörfern, entwickelten die Beteiligten einen Zeitplan zum Vorgehen, wann die Konturlinien eingemessen werden sollen, wann die in zwei Dörfern benötigten Bewässerungsanlagen gebaut werden, wann die Anzahl der benötigten Pflanzen ermittelt und diese bestellt werden und wann das Bepflanzen beginnt. Darüber hinaus wurde das Einmessen von Konturlinien mit dem A-Rahmen trainiert. Das Bepflanzen der Konturlinien begann mit Einsetzen der Regenzeit im Mai 2010. Eventuelle Ausfälle werden während der darauffolgenden Regenzeit ersetzt.

Auf den Konturlinien wurden folgende Futterpflanzen verwendet: Gigantea (*Trichanthera Gigantea*), Ravenna Gras (*Saccharum ravennae*), Tee. Die Felder wurden mit unterschiedlichen Feldfrüchten bestellt: Mais, Maniok, Soja, Erdnuss, Trockenreis, Ananas. Teilweise wurde das „intercropping“ Verfahren genutzt, z.B. Mais + Soja, Mais + Erdnus oder zusammen mit Bäumen, z.B. Litchi + Mais, Litchi + Erdnuss, Longan + Mais.

Erfolgsfaktoren

- Die Partnerorganisation hat das Mandat, die Maßnahme durchzuführen
- Fortsschutzbehörde als Mittler kompetent und engagiert
- Bewußtseinsbildung: Sinn der Maßnahme wurde von der Zielgruppe erkannt
- Wichtige Entscheidungen werden in Vietnam, zumindest in den Dörfern, von Männern getroffen während Frauen erst bei der technischen Umsetzung beteiligt sind. Den bei den Planungstreffen anwesenden Männern wurde deswegen geraten, sich vor einer Entscheidung intern mit ihren Frauen zu beraten, um dadurch Schwierigkeiten bei der Umsetzung zu vermeiden
- Die Umsetzung erfolgte unter Anpassung an die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Dörfer
- Regelmässiges Monitoring und Begleitung: Die 4 Dörfer wurden von Vertretern des DED 16 Mal besucht. Weitere zahlreiche Besuche der zuständigen Forstbeamten vertieften die Beziehungen
- Die Zielgruppe hatte immer die selben Ansprechpartner
- Eigenanteil der Zielgruppe an den Kosten (Arbeit)

Zu beachtende Risiken

- Sorgfalt bei der Auswahl der Dörfer (Analyse, Kriterien)
- Große zeitliche Abstände zwischen Planung und Durchführung kann Interessensverlust bei den Beteiligten bewirken (Beantragung der Fördergelder bei Schmitz-Stiftung 2008, Workshops 2009, Bepflanzung Mai 2010)
- Sprachbarriere, da im Dorf Kommunikation nur in der Landessprache stattfindet
- Anfänglich Probleme beim Umgang mit dem A-Rahmen
- Konkurrenz der Massnahme mit lukrativen Alternativen: In einem Dorf ergab sich durch den Bau einer Strasse die Möglichkeit, als Tagelöhner Bargeld zu verdienen. Dadurch verminderte sich die zur Umsetzung der Massnahme verfügbare Arbeitskraft.

Wirkungen

- In 4 Dörfern wurden Konturlinien auf einer Fläche von jeweils 3 bis 10 Hektar angelegt. Dadurch erhöhen sich die Chancen der Bevölkerung, diese Flächen längerfristig zu bewirtschaften.
- Die Forstbeamten übernahmen im Lauf der Zeit mehr und mehr die Initiative für die Maßnahme und sind nun in der Lage, ähnliche Maßnahmen selbständig durchzuführen.
- Die gemachten Erfahrungen flossen in das Konturlinienprojekt des benachbarten Naturschutzgebiets ein.
- Den Verwaltungen der 3 vom DED unterstützten Naturschutzgebiete in Thanh Hoa liegt ein Konzept zur Verbreitung der gemachten Erfahrungen in Form eines zweisprachigen Handbuchs zur Implementierung von Konturlinien in 8 Schritten vor.

Weiterführende Links

<http://www.worldagroforestrycentre.org>

<http://www2.mozcom.com/~mbrlc/>

Kommunalentwicklung, Interkommunalität und Organisation von Raumplanungsverfahren mit Zweckverbänden

Rose, Norbert

1. Drei gute Gründe für die Auswahl

- a. Wirtschaftsdynamiken (Handel, Tourismus, Agrarproduktion) sind nicht an administrative Abgrenzungen gebunden und verlangen gebietskörperschaftsübergreifende Planungsverfahren – Stichwort: Lokale Wirtschaftsförderung.



Foto: Rose, Norbert

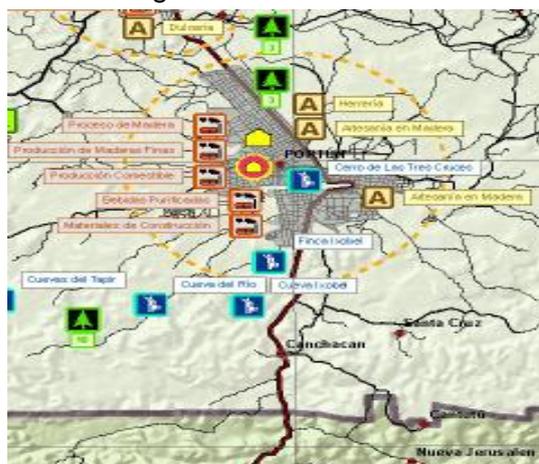


Abb: Rose, Norbert

- b. Management von natürlichen Ressourcen ist nicht an einzelne Gebietskörperschaften gebunden und bedarf gemeinsam abgestimmte Planungen und deren Umsetzung.
- c. Raumplanungsverfahren mit Zweckverbänden unterstützt das Bemühen um Stärkung einer kommunalen Selbstverwaltung.
- d. Raumplanung mit Zweckverbänden beugt etwaigen sozio-ambientalen Konflikten vor.

2. Ausgangslage / Problemstellung (was soll verändert werden?)

Unterschiedliche Planungsansätze in benachbarten Gebietskörperschaften aufgrund fehlender Rechtsgrundlage, fehlenden oder mangelnden methodischen Vorgaben und Verbindlichkeiten führen zu nicht abgestimmten Investitionsprogrammen, Fehlplanungen und Mehrkosten, (z.B. beim Schulbau, Wegebau, Trinkwassergewinnung - und Aufbereitung, Abfallentsorgung, Katastrophenvorsorge, etc.) die besonders für Gemeinden mit geringem Steueraufkommen in Entwicklungsländern zu Haushaltsengpässen führen.

Raumplanungsprozesse mit Zweckverbänden setzen voraus, dass administrative Abgrenzungen durch eine raumbezogene Planung überwunden werden und dabei wirtschaftliche, soziale als auch natürliche Dynamiken mit positiven Entwicklungspotenzialen in den Vordergrund rücken.

Zum Beispiel muss ein Wassereinzugsgebietsmanagement als ein grenzübergreifendes Instrument bei der Raumplanung von den jeweiligen Planungstechnikern begriffen werden und als solches in der politischen Entscheidungsfindung zur Anwendung kommen.

3. Angestrebter Lösungsansatz (wie soll es verändert werden?)

Die Raumplanung an sich ist ein Instrument, das die Überwindung politisch administrativer Abgrenzungen mit sich führen soll und (u.a.) die Notwendigkeit von grenzüberschreitenden Investitionsprogrammen in die Wege leiten kann. Dies setzt politischen Willen voraus, der z.B. mit finanziellen Anreizen wie Infrastrukturfonds für gemeinsame Vorhaben von Zweckverbänden herbeigeführt werden kann.

Dabei steht ein capacity building bei den Planungstechnikern eines Zweckverbands im Vordergrund einer Entwicklungsmaßnahme. Datenerhebungsverfahren, Kartenerstellung, Raumanalyse, Tendenzentwicklung gepaart mit dem Umgang gängiger Software – Programme ermöglicht den Planungsbeauftragten politische Entscheidungsfindungen entsprechend vorzubereiten. Damit es zu dieser Entscheidungsfindung kommen kann, sollten unter anderem politisch Verantwortliche und Interessensvertreter durch Austauschveranstaltungen bei erfolgreichen durchgeführten grenzüberschreitenden Raumplanungsverfahren sensibilisiert werden, wie z.B. in Deutschland oder Spanien.

Für die Organisation von Raumplanungsprozessen mit Zweckverbänden hat sich die Gründung einer Koordinationseinheit (-büros) bewährt. Diese koordiniert zudem im Idealfall das capacity building mit einer staatlichen übergeordneten Planungsbehörde.

4. Zielgruppe (an wen richtet sich das Instrument)

Raumplanung mit Zweckverbänden richtet sich in erster Linie an die einzelnen Gebietskörperschaften, deren Planungseinheiten und selbstverständlich an die politischen Entscheidungsträger. Durch einen partizipativen Ansatz werden Akteure aus Wirtschaft und Sozialbereichen eingebunden, damit entsprechende Dynamiken aufgegriffen und etwa durch unbedingt notwendige Infrastrukturmaßnahmen verstärkt werden.

5. Mittler, bzw. wer wendet es an?

Als Mittler können in erster Linie staatliche Planungsbehörden in Betracht gezogen werden. Zudem sollten weitere Sektor – Ministerien (Agrar- Umwelt- Wirtschaft) bzw. deren nachgeordnete Abteilungen am Planungsprozess mit Zweckverbänden eingebunden sein. Wenn vorhanden, müssen nationale Institutionen zur Förderung der Kommunalverwaltungen als Mittler einbezogen sein. Nicht zu guter letzt sind, wenn vorhanden, lokale, bzw. regionale Entwicklungsräte und nicht- staatliche Zweckverbände zu beteiligen.

6. Beschreibung der Anwendung (Rahmenbedingungen, Hinweise, Ablauf, Zeitbedarf)

Zu den unerlässlichen Rahmenbedingungen sind zu zählen:

1. Gründung des Zweckverbands mit klarer Zielausrichtung für eine gemeinsame Raumplanung und deren Implementierung
2. Einbeziehung / Beteiligung staatlicher Planungsbehörden
3. Eine klar definierte strategische Vorgehensweise, die mit allen Beteiligten erarbeitet und verabschiedet wird
4. Ein klares Mandat für eine entsprechend eingerichtete Koordinierungseinheit / Büro.
5. Bürgerbeteiligung und aktives Engagement verschiedener Wirtschaftssektoren

Ein Capacity-building der Planungstechniker sollte möglichst durch eine staatliche Planungsbehörde und wenn möglich durch lokale Universitäten (Studiengänge „Ländliche Entwicklung“, Umweltmanagement, lokale Wirtschaftsentwicklung,..) begleitet werden. Entsprechende Rahmenabkommen sind zu generieren, möglichst durch den Zweckverband selbst, nicht aber durch internationalen EZ-Organisationen.

Für die Einbeziehung privater Akteure und anderer öffentlicher Institutionen muss beim capacity-building der Planungstechniker die Handhabung partizipativer Methoden vorgesehen werden.

Raumplanungsverfahren sind sehr komplexe Prozesse mit denen Planungstechniker bei Kommunalverwaltungen in Entwicklungsländern oft überfordert sind. Eine Koordinierungseinheit eines Zweckverbands mit entsprechendem Mandat und qualifiziertem Personal erleichtert den Einstieg in einen solchen Prozess.

Sofern noch keine methodischen Vorgaben für die Erstellung von Raumplanungen in den jeweiligen Ländern entwickelt sind, sollte die Erarbeitung eines methodischen Vorgehens für Raumplanungen mit entsprechend übergeordneten Planungsbehörden als Bestandteil eines Kooperationsabkommens vorgesehen werden.

Wenn möglich sollte in der Diagnosephase des Planungsprozesses auf wissenschaftliche Studien aus der Sozial- bzw. Wirtschaftswissenschaft zurückgegriffen werden. Fall nicht vorhanden, sollte das Kooperationsvorhaben mit entsprechenden Mitteln ausgestattet werden oder Auslandstipendien eingeplant sein.

Gerade bei der Raumplanung ist der Mehrebenen-Ansatz in der EZ ein geeignetes Verfahren, da die Raumplanung selbst auf ein „Zusammenspiel“ der einzelnen politisch – administrativen Einheiten abzielt. Auch wenn in vielen Ländern nicht auf ein Subsidiaritätsprinzip zurückgegriffen werden kann, ermöglicht gerade das Instrument der Raumplanung mit Zweckverbänden diese Lücke ein wenig zu stopfen.

Es muss sichergestellt sein, dass der Planungsprozess ein vom Zweckverband gezielt vorangetriebener Prozess ist, bei dem vor allem die politisch Verantwortlichen den Rahmen vorgeben und für den Verlauf des Prozesses verantwortlich sind.

Aus den Ergebnissen des Planungsprozesses heraus muss sichergestellt werden, dass diese in eine aktive Politikgestaltung umgewandelt werden. Erfahrungsgemäß muss hier Hilfestellung während der Beratung angeboten werden.

7. Erfolgsfaktoren / zu beachtende Risiken bei der Anwendung

- Freiwilliger Beschluss der jeweiligen Gemeindevertreter (Bürgermeister, Gemeinderäte) und Interessensvertreter (Kammern, Entwicklungsräte,..) zur Bildung eines kommunalen Zweckverbands.
- Begleitung des Planungsprozesses durch übergeordnete Planungsbehörden.

- Eine (eventuell) eingerichtete Koordinierungseinheit muss in enger Abstimmung/ Austausch mit den jeweilig beteiligten Kommunalverwaltungen und deren Planungseinheiten über den Verlauf den Planungsprozesses stehen. Der Koordinierungseinheit muss das Mandat für die Koordinierung des Planungsprozesses von den jeweiligen Beteiligten übertragen werden.
- Die Koordinierungseinheit muss die Transparenz und den Kommunikationsfluss gewährleisten können.
- Die Koordinierungseinheit sollte von den beteiligten Kommunalverwaltungen finanziert sein – Stichwort Ownership
- Die Beteiligung öffentlicher und privater Interessensvertreter an Raumplanungsprozessen ist notwendiger Bestandteil, um eine erfolgsversprechende Umsetzung der Planung zu gewährleisten.
- Eine Beratung bei Planungsprozessen ist nicht mit der Beendigung der Planungsphase beendet. Gerade in Kooperationsvorhaben ist eine weiterführende Beratung bei der Implementierung von Planungen notwendiger Bestandteil eines Kooperationsvorhabens.
- Schon vor der Beendigung des gesamten Planungsprozesses sollten gemeinsame Projekte in die Wege geleitet werden, die die Bedeutsamkeit eines Zweckverbandes unterstreichen und zur weiteren Motivation aller Beteiligten ermutigen.
- Die Ziele eines Zweckverbands dürfen die Eigenständigkeit von Kommunalverwaltungen nicht beeinträchtigen.
- Ein „medialer“ Auftritt von Zweckverbänden (Web-Seite,...) im Sinne von Transparenz und Information und zur „Bewerbung“ des Zweckverbands ist heutzutage unerlässlich.

8. Risiken

- Kontinuierlich finanzielle Ausstattung der Koordinierungseinheit, besonders nach Kommunalwahlen
- Personalwechsel in den Planungsabteilungen der Kommunalverwaltungen aber auch in staatlichen übergeordneten Planungsinstitutionen – meist auch nach Wahlen
- „Politisierung“ des Planungsprozesses
- Nicht kontinuierlich bürgerliche und privatwirtschaftliche Partizipation. Die beständige Teilhabe der öffentlichen Institutionslandschaft ist hingegen oftmals gegeben und führt dadurch zu einem institutionalisierten Planungsprozess, der sich nach und nach von Wirtschaft und Bürgern abkoppelt.
- Besonders auf die „Projektionsphase“ und die Erkennung von Tendenzen muss während des Beratungseinsatzes großen Wert gelegt werden, da gerade hier große Schwächen auftreten und den gesamten Planungsprozess in seiner Qualität beeinträchtigen können.

9. Konkrete Auswirkungen (was hat sich verändert?)

- Im Planungsprozess mit einem Zweckverband ist eine ganze Region aufgewertet und entsprechend mit finanziellen Zuwendungen staatlicherseits als auch von internationaler Hilfe ausgestattet worden.
- Dies hat natürlich auch zur Folge, dass Handel und Kleingewerbe sich nachhaltig besser entwickeln konnten.

- Katastrophenvorsorge wird bereits als gemeinsame Verantwortung der jeweilig beteiligten Kommunalverwaltungen verstanden.
- Es werden gemeinsame Projektvorhaben geplant und zur Finanzierung an übergeordneter Stelle eingereicht.
- Die Verkehrswegeplanung ist in allen beteiligten Kommunen so ausgerichtet, dass ein maximaler Grad an Verknüpfung zwischen aktuellen und zukünftig zu erwartenden Entwicklungspolen/-zentren hergestellt werden konnte.
- Die Planungstechniker verstehen besser (wirtschafts-) geografische und soziale Zusammenhänge und Dynamiken, die sich ergeben haben oder noch ergeben können.
- Landschaftseinheiten werden als solche begriffen und zum Teil mit gemeinsamen Projektvorschlägen an Ministerien (hier nationale Forstbehörde) oder internationale Geber promoviert.
- Parallel zum Zweckverband haben sich Sektor - Arbeitskreise gebildet für die Themen Ressourcenbewirtschaftung, Soziales und Landrecht. Diese runden Tische arbeiten dem Zweckverband im Sinne der gemeinsamen Raumplanung zu.

10. Evtl. weitere Schritte, die es zu entwickeln gilt bzw. damit verwandte Instrumente

Eins der größten Probleme der Region ist die Entstehung von spontanen Siedlungen / Dörfern durch Zuzug aus anderen Regionen, durch Umsiedlungen und durch einen sehr beschleunigten Grundstückshandel gepaart mit Interessen von Großgrundbesitzern. Hier wird oftmals seitens des Zweckverbandes reaktiv agiert. Die Beratungsleistung muss somit mit der Unterstützung hinsichtlich einer aktiven Siedlungspolitik einhergehen.

Ein zusätzlicher Effekt ist die zunehmende Verstädterung der Mittelzentren. Insofern ist die Nachfrage für eine Beratung zur urbanen Planung / Stadtplanung aufgetreten.

Die einzelnen kommunalen Investitionsplanungen müssen noch kohärenter auf einander Abgestimmt werden.

Zu guter letzt ist von Fall zu Fall davon auszugehen, dass bei der mehrjährigen Investitionsplanung eine Beratungsleistung angeboten werden muss.

Espace de dialogue - Schnittstellenmanagement für dörfliche und kommunale Entwicklung

Sauter, Patrick

1. Drei gute Gründe für die Auswahl

Das Instrument leistet einen Beitrag zu

- Vernünftigem Umgang mit natürlichen Ressourcen (strategische Ausrichtung, Respekt des Landschaftstypes, Komplementarität von unterschiedlichen Nutzungsformen)
- Lokaler Wirtschaftsentwicklung (Bewirtschaftung der Flächen, Wertschöpfungskettenentwicklung, Beitrag zu Kommunalbudget)
- Konfliktprävention (Dialog zwischen Nutzern, Suche nach einem wertebasierten Konsens, Dialog zwischen Kommunen / Interkommunalität)

2. Ausgangslage / Problemstellung (was soll verändert werden?)

Seit ca. 50 Jahren haben Projekte und Programme die Bevölkerung und Regierungen dabei begleitet, verschiedenen Ansätze umzusetzen, die alle mehr oder weniger die nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung, Desertifikationsbekämpfung (heute Anpassung an den Klimawandel) und Armutsminderung zum Ziel hatten. Um dies zu erreichen, wurden die Strategien und Interventionsbereiche permanent neu angepasst, um sich einerseits politischen Vorgaben anzunähern und andererseits die Bevölkerung möglichst eigenverantwortlich zu beteiligen.

So stellten produktionsorientierte Ansätze mit enormen Mitteln die Förderung von für den Export bestimmte Anbaufrüchte in den Mittelpunkt. Ab den 1970er Jahren wurden diese durch integrierte ländliche Entwicklungsprogramme abgelöst, die finanziell und personell noch aufwendiger waren. In den 80er Jahren wählte man einen „kommunitären“ Ansatz, das heißt man basierte Interventionen auf Gesellschaftsgruppen, die sich über gemeinsame Merkmale definierten und erhoffte sich über diese „Hilfe zur Selbsthilfe“ einen größeren Erfolg.

Von starkem Bevölkerungsdruck auf die landschaftlichen Nutzflächen beeinflusst, wurde der „Landnutzungsplanungsansatz“ ins Leben gerufen. Er zielt darauf ab, natürliche Ressourcen und Flächen zu schützen, zu restaurieren und zu regenerieren. Das gemeinsame Verständnis der Flächeneinheiten und ihrer Nutzung innerhalb eines „Terroirs“ (einer Landschaftseinheit) trug dazu bei, die Vision der Bevölkerung über die natürlichen Ressourcen und Flächen kennenzulernen und Grenzen derer Inwertsetzung zu verstehen. Diese sind zum einen gesellschaftlicher Art, gesetzlicher Art oder technischer Art. Ein Wandel fand auch dadurch statt, dass klar wurde, dass die Bevölkerung nicht nur sensibilisiert werden musste, sondern, dass sie auch Mittel zu ihrer Verfügung brauchte, um sich zu organisieren, neue Praktiken zu entwickeln und diese eigenverantwortlich anzuwenden.

Heute ist es die Globalisierung, die die lokale Wirtschaft auf vielfältige Weise beeinflusst. Der zunehmende Handel eröffnet auch weit entfernte Märkte, die rasche Veränderung des Kapitaltransfers und der technologischen Innovationen sind Beispiele für die Mobilität von wirtschaftlichem Wirken. Diese Mobilität lässt einige Länder und Orte zu Gewinnern werden,

andere zu Verlierern. Viele Volkswirtschaften, darunter häufig in Afrika, verstanden es nicht, hieraus gewinnbringend Nutzen zu ziehen. Manchmal findet man auch innerhalb einer Volkswirtschaft Gewinner und Verlierer.

Im Angesicht dieser Veränderungen haben die Systeme vieler afrikanischer Ökonomien keinen Erfolg gezeigt. Kleine Interventionen haben vielfach auf Dorfebene stattgefunden und basierten auf der Bedarfsanalyse von Grundinfrastruktureinrichtungen. Auch wenn diese gut auf die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung antworten, sind sie im Großen und Ganzen nicht von langer Lebensdauer und selten lokalen Verwaltungssystemen unterstellt. Derartige Interventionen sind meist sektoraler Natur, auf eine kurzfristige Bedürfnisbefriedigung ausgerichtet und tragen nicht dauerhaft zu Verbesserungen der lokalen Ökonomien bei.

3. Angestrebter Lösungsansatz (wie soll es verändert werden?)

Um dem entgegen zu wirken, braucht es strategische Planungen, die sich auf ein solides Verständnis der lokalen Wirtschaft stützen. Dies benötigt einen Rahmen von ökonomischer Governance, zum Beispiel durch die Entwicklung von Partnerschaften zwischen öffentlichem Sektor, Privatsektor und Dorfgemeinschaften. Diese müssen dann eine strategische Planung ihrer Interventionen erarbeiten. Vorteil ist, dass auf diese Weise alle lokalen Akteure, die Humanressourcen und Finanzressourcen unter dem Dach eines demokratisch legitimierten Rahmens gebündelt werden können.

Dies reiht sich in eine Fortsetzung der Erfahrungen der vergangenen 30 – 40 Jahre der Entwicklungszusammenarbeit ein. Die ersten Erfahrungen der Dorfentwicklung wurden durch die der Landnutzungsplanung abgelöst, die bereits eine erste Dorf übergreifende Zusammenarbeit darstellten und großen Wert auf Partizipation und auf die Einrichtung von Entwicklungsorganisationen legten. Diese lokalen und überdörflichen Organisationen wurden in die Rolle versetzt, eigene Initiativen zu entwickeln, die Unterstützung dafür zu beantragen und sie dann eigenständig durchzuführen. Man versuchte, die Territorien dieser Gremien durch die Inwertsetzung ihrer Stärken zu entwickeln. Die Bevölkerung war über ihre Zusammenschlüsse Herr über die Entwicklung ihres Territoriums.

In dieser Etappe wurden die Grundsteine für die Dezentralisierung gelegt, in der der Staat nicht mehr die einzig verantwortliche Stelle für Entwicklung ist. Er stützt sich nun hierbei stark auf neu eingerichtete Gebietskörperschaften sog. „Collectivités Territoriales“. Interessant ist das Schnittstellenmanagement zwischen der lokalen und der kommunalen Ebene. Die Lokale Ebene beherbergt in erster Linie eine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Dynamik, sehr impuls gesteuert und vielfach nicht abgestimmt. Kommunen können derartige Initiativen fördern und koordinieren, sie können sie aber auch ignorieren oder gar ausbremsen. Ihre offizielle Rolle im Entwicklungsprozess ist die Zurverfügungstellung von öffentlichen Dienstleistungen.

Es ist daher sehr wichtig, dass sich die aus der Zeit der Dorfentwicklung bzw. überdörflichen Landnutzungsplanung stammenden Gremien und Zusammenschlüsse mit den neugewählten kommunale Strukturen einen um hier aus der Gemeinsamkeit Stärken zu ziehen. Das hier vorgestellte Instrument lautet „Espace de dialogue“ – Raum für Dialog, die die gewählten Gemeinderäte dabei unterstützt, ihr Mandat auszuüben und gleichzeitig die Partizipation der

Bevölkerung sicherzustellen. Diese Einrichtung erlaubt es gewählten Gemeinderäten und der Bevölkerung, gemeinsam über die Herausforderungen nachzudenken, Orientierungen für die Gemeinde zu entwickeln und diese strategisch umzusetzen.

4. Zielgruppe (an wen richtet sich das Instrument)

- Gewählte Gebietskörperschaften, z.B. Kommunen und Munizipien
- Erzeugergemeinschaften (gemäß einer Wertschöpfungskette ebenfalls im Mehrebenenansatz organisiert)
- Nachgeordnete Behörden des Staates, Staatvertreter auf Bezirksebene

5. Mittler, bzw. wer wendet es an?

Ebenfalls die o.g. Vertreter, ggf auf verschiedenen Verantwortungsebenen. Eine räumliche Planung macht nicht an territorialen Grenzen halt. Hinzu kommt, dass unterschiedlichen Produktions- und Lebenssysteme wie transhumante Viehhaltung und sesshafter Ackerbau in Westafrika vielfältige Interaktionen beherbergt. Zugang und Nutzung der immer rarer werdenden natürlichen Ressourcen sind sehr konfliktuell. Dies erfordert ein Maximum an Abstimmung.

6. Beschreibung der Anwendung (Rahmenbedingungen, Hinweise, Ablauf, Zeitbedarf)

Der Entwicklungsprozess der heutigen Zeit läuft Gefahr, bewährte Ansätze nicht angemessen zu berücksichtigen. Ansätze beschränken sich häufig darauf, die neugewählten Munizipien technisch zu beraten ohne auf das Schnittstellenmanagement mit der Dorfebene Wert zu legen. Häufig gibt es auch Verwirrung zwischen „Demokratisierung“ und „Dezentralisierung“. Unter Dezentralisierung versteht man die Gelegenheit, einen Austausch zwischen verschiedenen Ebenen und zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu schaffen. Dies ist aber per se nicht der Fall sondern bedarf einer guten Umsetzung. Häufig beschränkt sich die Dezentralisierung einfach auf das Eintreiben von Steuern für das Zentralregime oder hilft lokalen Bürokratien und Herrschern, sich zu etablieren. Auch wenn es auf Ebene von Dörfern, Erzeugergemeinschaften, Stadtvierteln bereits viele basisdemokratische Strukturen gibt, so haben diese echte Schwierigkeiten, sich auf der neuen kommunalen Ebene Gehör zu verschaffen. Es gibt eine echte Konfrontation von partizipativer Demokratie (ein angelsächsisches Konzept) und repräsentativer Demokratie (der französische Ansatz). Diesem versucht man mit einer gezielten Bürgeraufklärung entgegen zu wirken.

Heutzutage beschränken sich die Interventionen der EZ einerseits auf die Unterstützung der Kommunen vor allem bei der Erstellung ihrer Kommunalplanung und bei der Mobilisierung ihrer Einnahmen (Steuern) und andererseits auf die Beratung der Regierungen zur Umverteilung der Macht (Paris Deklaration). Auf der Makro-Ebene versucht man, die Interventionsstrategien zwischen Gebern zu harmonisieren indem man die Staaten bei der eigenen Programmbildung und strategischen Umsetzung unterstützt. Hierbei spielt eine

wichtige Rolle die Unterstützung bei der Erstellung von Raumplänen. Dies ist sehr wichtig, um den Umgang mit Flächen planerisch zu bestimmen.

Auf der Kommunal-Ebene, die Bevölkerung ist in Planungsprozesse mit einbezogen, ihre Beteiligung an der Umsetzung ist jedoch mangelhaft. Dies wiederum führt zu einer mangelhaften Performance der Kommune. Reduziert man die Bürger nur auf ihre steuerliche Zahlungspflicht, ohne sie in die wahren Entwicklungsstrategien einzubeziehen (Entwicklung von Visionen über natürliches Ressourcenmanagement, Ausbau von Wertschöpfungsketten), so wird die Kommune niemals einen positiven Entwicklungsweg nehmen. Hinzu kommt, dass die Steuereinnahmen gerade mal zwischen 50 und 70% der Funktionskosten der Kommunalbehörde deckt.

Bedeutend hierbei ist also die genaue Festlegung der Bestimmung von verschiedenen Flächentypen, ihren Zugangs- und Nutzungsregeln, ihre Nutzung oder Unter-Schutzstellung. Dies geht aber nur unter Beteiligung sämtlicher Nutzergruppen, auch derer, die nur temporär anwesend sind. Ein Beispiel einer lokalen Initiative, die einem intensiven Dialog zwischen Gesellschaftsgruppen entspringt, ist die sog „Convention locale“, ein „lokales Abkommen“, das die Nutzungsregeln durch die Nutzergruppen bestätigt und dokumentiert. Bei Nicht-Respektieren gibt es auch die Möglichkeiten, Sanktionen zu verhängen.

Die Unterstützung der Fähigkeiten der Kommunen, derartige Prozesse einzuleiten und zu moderieren erfordert einen langen Atem. Getroffene Entscheidungen und etablierte Mechanismen bedürfen auch eines intensiven Monitorings. Programme sollten daher eine minimale Laufzeit von 3-5 Jahren haben.

7. Erfolgsfaktoren / zu beachtende Risiken bei der Anwendung

Der Erfolg derartige Maßnahmen hängt im Wesentlichen vom Willen der Autoritäten ab, einen veritablen Dialog zwischen Gruppen und Institutionen zu ermöglichen und zu begleiten. Verpasst man diese Chance, wird es wie früheren Ansätzen ergehen, die Entwicklungspisten vorgeben, die dann ihrerseits wiederum nicht nachhaltig waren.

8. Konkrete Auswirkungen (was hat sich verändert?)

Es ist noch zu früh, um konkrete Wirkungen beschreiben zu können. In vergleichender Betrachtung kann man jedoch feststellen, dass konzertierte Vorgehensweisen ein besseres Bürgerverständnis und eine bessere Bürgerbeteiligung schaffen. Ist das Prinzip einmal verstanden, zieht der Ansatz auch seine Kreise und ist auf andere Themen anwendbar.

9. Illustrationen

Dieses Foto zeigt ein Treffen im Rahmen der « espaces de dialogue » der Kommune Fulatari in der Region Diffa / Niger.

Manche der Teilnehmer haben eine Strecke von ca. 100km per Kamel zurückgelegt, um daran teilzunehmen, und zwar ohne finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde.

Themen waren hier beispielsweise die Nutzung und der Schutz der natürlichen Ressourcen. Auf Karten wurden diese planerisch dargestellt und Nutzungsregeln erarbeitet. Die nigrischen Bodenrechtskommissionen begleiten derartige Prozesse und setzen sie dann in rechtsverbindliche Ansätze um.



Foto: Sauter, Patrick

Bei diesem Foto handelt es sich um ein Treffen im Rahmen des « Espace de dialogue » von Ackerbauern und Viehhaltern in der Gemeinde Dan Tchao, Region Zinder / Niger. Der Ansatz der « espace de dialogues » wurde im Rahmen eines ZFD-Programmes entwickelt, um möglichst allen Bewohner und Nutzern des Territoriums eine aktive Beteiligung an der Entwicklung einer Vision und Strategie zur Entwicklung der Kommune zu ermöglichen. So konnten die Bewohner der



Foto: Sauter, Patrick

Pastoralzone auch bestimmte Entscheidungen zu ihren Gunsten beeinflussen. Derartige Treffen tragen im Sahel zu einer starken Reduzierung von Nutzungskonflikten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen bei.

Ernährungssicherung und Einkommenserhöhung durch Wasserbauwerke und Erschließung von landwirtschaftlichen Anbauzonen

Schneider, Ralf

Am Beispiel des IPRO-DB (projet d'Irrigation de Proximité au Pays Dogon et dans le Bélé Dougou) Mali



Foto: Schneider, Ralf

1. Drei gute Gründe für die Auswahl

1. Partizipativer (finanziell und physisch) Ansatz des Programms
2. Regionaler Mehrebenenansatz
3. Nachhaltigkeit durch Förderung der Partnerstrukturen und der Privatwirtschaft

2. Ausgangslage / Problemstellung (was soll verändert werden?)

Ziele des Programms IPRO-DB

- Beitrag zur Armutsminderung durch Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung durch Bau von Landstraßen und Staudämmen
- Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung durch die Nutzung der Bauwerke sowie eine dadurch resultierende Einkommensverbesserung der Zielgruppen, insbesondere der Frauen

3. Angestrebter Lösungsansatz (wie soll es verändert werden?)

Der Ansatz von IPRO-DB

- Physische und finanzielle Partizipation bei der Umsetzung der Baumaßnahmen

- Engagement der Verantwortlichen in den Kommunen
- Verbesserung der Einkommen der Bevölkerung und- daraus resultierend – eine Verbesserung der Ernährungs- und Lebenssituation
- Schaffung von landwirtschaftlichen Anbauzonen durch den Bau und die Reparatur von Staudämmen und Wasserbauwerken

Die Vorgehensweise von IPRO-DB

- Information des Landkreises
- Information auf kommunaler Ebene
- Anfrage der Zielgruppen unterzeichnet vom Bürgermeister und eines Projektvertreters
- Auswahl des Standortes nach technischen, wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Vorgaben
- Einzahlung des finanziellen Beitrags der Nutzergruppe
- Lancieren einer Ausschreibung, Auswertung und Auswahl eines Unternehmens
- Ausführung der Baumaßnahme unter Partizipation der Zielgruppe mit begleitender Bauüberwachung
- Direkte provisorische und nach einem Jahr finale Abnahme der Baumaßnahme unter Beteiligung aller Akteure
- Aus- und Fortbildung des Bauwerkskomitees



Foto: Schneider, Ralf

Ansatz Inwertsetzung

- Zusammenarbeit mit dem Secteur Agricole für die Beratung und Unterstützung der Produzenten
- Organisationsberatung der Zielgruppen (Zugang zu Krediten, Verteidigung ihrer Interessen, Management, etc.), insbesondere Frauenkooperativen
- Beratung zur Intensivierung und Diversifizierung der Agrarprodukte
- Beratung zu Wertschöpfung auf Basis der Agrarprodukte
- Förderung der Kontakte zwischen Bauern und weiterverarbeitendem Privatsektor (Marktorientierung)



Foto: Schneider, Ralf

4. Zielgruppe (an wen richtet sich das Instrument)?

Zielgruppe ist die ländliche Bevölkerung in den Interventionszonen unter besonderer Berücksichtigung der Situation der Frauen.

Interventionszonen von IPRO-DB

- **Dogonland**
(Bandiagara, Bankass, Douentza und Koro:
ungefähr 955 000 Einwohner aufgeteilt in 63 Kommunen)

- **Béledougou**
(Kati et Kolokani: ungefähr 770 000 Einwohner aufgeteilt in 48 Kommunen)
6 Landkreise, 111 Kommunen und 1.725.000 Einwohner gesamt



5. Mittler, bzw. wer wendet es an

Struktur von IPRO-DB Mali

<u>Kati</u> <ul style="list-style-type: none">• <u>Direktion</u>• <u>Abteilung Staudambau</u>• <u>Abteilung Strassenbau</u>• <u>Abteilung Animation und Inwertsetzung</u>	<u>Bandiagara</u> <ul style="list-style-type: none">• <u>Direktion</u>• <u>Abteilung Staudambau</u>• <u>Abteilung Strassenbau</u>• <u>Abteilung Animation und Inwertsetzung</u>
--	--

Jeweils 1 Projektmanager sowie insgesamt 5 Entwicklungshelfer als Berater des DED

Desweiteren arbeitet das Programm mit den Partnerorganisationen und beauftragt private Dienstleister für die Beratung der jeweiligen Zielgruppen.

6. Beschreibung der Anwendung (Rahmenbedingungen, Hinweise, Ablauf, Zeitbedarf)

Rahmenbedingen des Programms IPRO-DB

Bilaterale Kooperation Mali – Deutschland

- Direction Nationale de l'Agriculture (DNA)
- Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
- Deutscher Entwicklungsdienst (DED)
- Direction Nationale du Génie Rural (DNGR)
- Direkte Finanzierung mit 90% durch die KfW und 10% durch die Nutzergruppe (physische und finanzielle Partizipation)
- Festsetzung eines Jahresbetrages durch das Projekt welche die Nutzergruppe jährlich für den Unterhalt der Baumaßnahme vorhält

Beitrag des DED im Programm

Das Programm IPRO-DB ist ein Kooperationsvorhaben von der Direction Nationale de l'Agriculture, der KfW, die das Vorhaben finanziert, und dem DED.

Die Aufgaben der DED Entwicklungshelfer - das Team ist an beiden Standorten multidisziplinär besetzt - sind die Verwaltung der Finanzmittel und die Beratung der Partnerorganisation bei Planung, Organisation, Durchführung und Monitoring der Aktivitäten, sowie die Koordination mit anderen Akteuren der deutschen EZ im Schwerpunkt Bewässerungslandwirtschaft.

7. Erfolgsfaktoren / zu beachtende Risiken bei der Anwendung

Hindernisse und Herausforderungen

- Zu wenig Regenfälle in den Interventionszonen
- Kapazitäten der kommunalen Strukturen
- Bezahlung des finanziellen Beitrags der Bevölkerung zum Unterhalt der Bauwerke
- Konflikte im Bezug auf Bodenrecht
- Ressourcenzugang aller Bevölkerungsgruppen nach Fertigstellung der Bauwerke
- Synergien zwischen den Akteuren

8. Konkrete Auswirkungen (was hat sich verändert?)

Seit der ersten Phase 1990 bis Ende 2009

- 84 neue Staudämme
- Reparatur von 31 Staudämmen
- Mehr als 200 km Dorzufahrtspisten (PAV)
- 63 km Landstrasse (RN)
- 800 m³ Erosionsschutz
- Aus- und Fortbildung von Staudamm- und Strassenkomitees
- Kompetenzverbesserung der lokalen Mitarbeiter
- Modellcharakter in Mali
- Deutliche Verbesserung der Ernährungssicherung in den Interventionszonen

9. Evtl. weitere Schritte, die es zu entwickeln gilt bzw. damit verwandte Instrumente

- Langfristige Integration in das geplante nationale Bewässerungsprogramm (PNIP) in Mali
- Verstärkung des Valorisierungsansatzes durch Förderung der Marktorientierung bei den Produkteuren
- Stärkung der Position der Bauernverbände, insbesondere Frauenkooperativen, gegenüber den Großhändlern und den Transportunternehmen (oftmals hohe Transportkosten)
- Langfristige Verminderung der Transportschäden bei Agrarprodukten, insbesondere Gemüse, durch verbesserte Verpackung (Kisten, Kartons, etc.) und dadurch Erhöhung der Einkommen bzw. der Gewinne
- Verbesserung des Ressourcenmanagements in den Regionen
- Kompetenzförderung bei den Partnerstrukturen
- Weitere Stärkung des Privatsektors (evtl. PPP) durch verschiedene Begleitmaßnahmen
- Weitere Erschließung der Anbauzonen durch Bau von Zugangspisten sowie Brückenbauwerke für die langfristige und nachhaltige Verbesserung des Marktzugangs

Registrierung von traditionellen Landnutzungsrechten (customary rights) im Rahmen der Kommunalen Landreform in Namibia

Sprung, Rolf

1. Relevanz im Kontext des Sektorvorhabens

Der sozial gerechte Zugang zu Landressourcen und die Absicherung von Landnutzungsrechten zur Förderung von Investitionen, Steigerung der Landproduktivität und Vermeidung von Landkonflikten sind wichtige Voraussetzungen für die ländliche Entwicklung und politische Stabilität eines Landes.

In vielen Entwicklungsländern sollen Landreformen die durch die früheren Interessen der Kolonialmächte ungleiche und damit als ungerecht empfundene Landverteilung restrukturieren. Oft basieren diese Landreformprogramme jedoch eher auf politischen Machtbestrebungen denn auf ökonomischer Rationalität und Rechtsstaatlichkeit mit zuweilen verheerenden Wirkungen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes (Beispiel Simbabwe).

Namibia, das seit 2002 eine Landreform durchführt, gilt als positives Beispiel für eine transparente und gesetzeskonforme Umsetzung. Die effektive, transparente und kosteneffiziente technische Umsetzung der Landregistrierung in den Kommunalgebieten, in denen rund $\frac{3}{4}$ der namibischen Bevölkerung leben, ist dabei ein wichtiger erster Schritt und hat Modellcharakter auch für Landreformprogramme anderer Entwicklungsländer.

2. Ausgangslage und Problemstellung

Gemäß der namibischen Verfassung sind alle Land, Wasser und Naturressourcen Staatseigentum. Die Regierung kann Land an Privatpersonen verkaufen, verpachten (leaseholds) oder - wie in den Kommunalgebieten - zur Siedlung und zur Nutzung unter Verwaltung traditioneller Autoritäten verfügbar machen.

Land in Namibia ist in die Kategorien Staatsland, kommerzielles Land und Kommunalland (*state land, commercial land, communal land*) unterteilt mit jeweils unterschiedlichen Rahmenbedingungen für Besiedlung und Nutzung.

Als Folge der früheren südafrikanischen Apartheidsregierung wird der zentrale Landesteil (*commercial land*) von einer Minderheit überwiegend weißer Farmer genutzt, die hier auf eingezäuntem Privatfarmen Einkommen hauptsächlich aus der kommerziellen Viehhaltung und dem Jagdtourismus beziehen; in der Peripherie befinden sich die Kommunalgebiete (*communal lands*) in denen konzentriert in den Nord- und Nordostregionen rund $\frac{3}{4}$ der 2.1 Mio. Einwohner überwiegend von kleinbäuerlicher Subsistenz-Landwirtschaft leben.

Alles übrige Land ist Staatsland und umfasst hauptsächlich Nationalparks, Schutz- und Wüstengebiete.

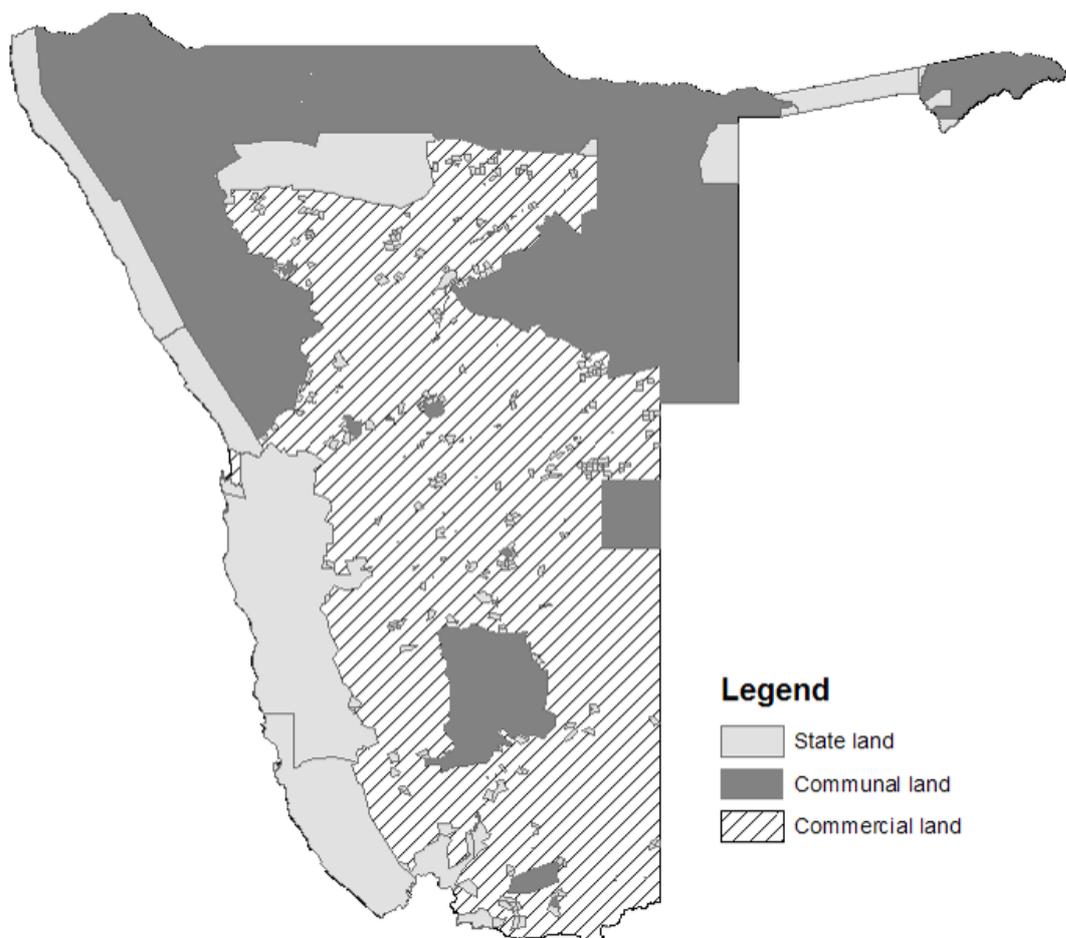


Abbildung: Verteilung von Staatsland, Community-Land und Privatland in Namibia

Während die Landreform in den kommerziellen Gebieten vorrangig auf den Ankauf (*'willing buyer, willing seller' Prinzip*) und die Umverteilung von Ländereien auf schwarze, landlose Familien abzielt, geht es in den Kommunalgebieten in erster Linie um die Erfassung traditioneller Landbesitzverhältnisse (*customary rights*) und die Vergabe von Pachttiteln (*leaseholds*) für kommerzielle Nutzung, die Rechtssicherheit und Kreditzugang ermöglichen. Gesetzliche Grundlage ist dabei das kommunale Landreformgesetz (*Communal Land Reform Act*), das in seinem 5. Entwurf im Jahr 2002 verabschiedet wurde. Danach sind für die Vergabe von Landtiteln sog. "Communal Land Boards (CLB)" zuständig, regionale Gremien (landesweit 12), die sich aus Vertretern verschiedener Ministerien und traditioneller Führer zusammensetzen. Hierdurch soll die Funktion der traditionellen Führer in der Landverteilung eingeschränkt und mehr Demokratie, Transparenz und Objektivität durch eine umfassende Interessenvertretung gefördert werden. Tatsächlich sind die CLB jedoch mit dieser Aufgabe überfordert, da ihnen der notwendige Sachverstand und die erforderliche Ausstattung zur vor-Ort-Inspektion von Flächenanträgen sowie zur effektiven Verwaltung von Flächeninformationen fehlen. Zudem arbeiten die ernannten Mitglieder der CLB lediglich ehrenamtlich, treffen sich nur selten und sind schlecht informiert, um sich für die oft komplexen Landfragen zu engagieren und die Vielzahl von Anträgen zeitnah zu bearbeiten. Nahezu in jeder Region liegen mehrere tausend Anträge zur Bearbeitung vor. Ebenso gibt es kein einheitliches Datenbanksystem der MLR-Behörden zur Verwaltung von Antrags- und Flächendaten. Bis Ende 2012 sollen alle 236.000 „customary rights“ registriert

sein. Hierbei handelt es sich vorrangig um die Absicherung von Subsistenzrechen (Behausung, Getreidefeldbau) von maximal 20ha pro Haushalt.

DED (4 Projektplätze), GTZ und KfW unterstützen daher die kommunale Landreform. Neben Schulungsmaßnahmen der CLB und der regionalen MLR Behörden hat der DED dabei in Kooperation mit einem EU-Vorhaben und dem Landministerium eine Methode zur luftbildgestützten Flächenerfassung traditioneller Landnutzung entwickelt, die die zeit- und kostenaufwendige terrestrische Vermessung mittels GPS ersetzt. Außerdem werden die MLR- Behörden bei der Einrichtung und Verwaltung elektronischer Datenbanken unterstützt.

3. Zielgruppen

Die für die Flächenaufnahme zuständigen Landentwicklungsplaner (*development planners*) des MLR sowie die Communal Land Boards.

4. Mittler

NGOs und lokale Consultants, die sich an Schulungsmaßnahmen beteiligen.

5. Anwendung/Umsetzung

1. CLB prüft eingehende Anträge auf Vollständigkeit und evtl. Ablehnungsgründe und leitet ggf. den Antrag mit Empfehlung an MLR Behörde weiter
2. MLR organisiert Workshop mit Stakeholdern und Radiosendungen in Lokalsprache zur Information über Ablauf und Bedingungen der Registrierung in geplanten Arealen
3. Landentwicklungsplaner des MLR identifizieren die zur Ausweisung beantragten Flächen auf Dorfebene mit Antragstellern, Dorfvorständen (headmen, -women) und benachbarten Landnutzern anhand von vergrößerten, entzerrten (Ortho-) Luftbildern. Flächengrenzen werden ins Luftbild eingezeichnet. Unklare Grenzverläufe werden vor Ort mit Beteiligten geklärt und die Koordinaten mittels GPS erfasst
4. Luftbilder werden digitalisiert und Flächen kartiert
5. Landzertifikate werden erstellt und beinhalten persönlichen Daten der Antragsteller sowie den entsprechenden Luftbildausschnitt mit Flächenkoordinaten
6. Antragsteller erhalten Landzertifikate gegen geringe Verwaltungsgebühr (5 €)

Eine wichtige Voraussetzung für die effektive Landadministration ist die eindeutige Zuordnung von Daten der Antragsteller und der sich darauf beziehenden Flächeninformationen („*United Parcel Identifier*“, *UPI*). Hierzu wurde das *Namibian Communal Land Administration System (NCLAS)* entwickelt und mittlerweile landesweit als Standard eingeführt.

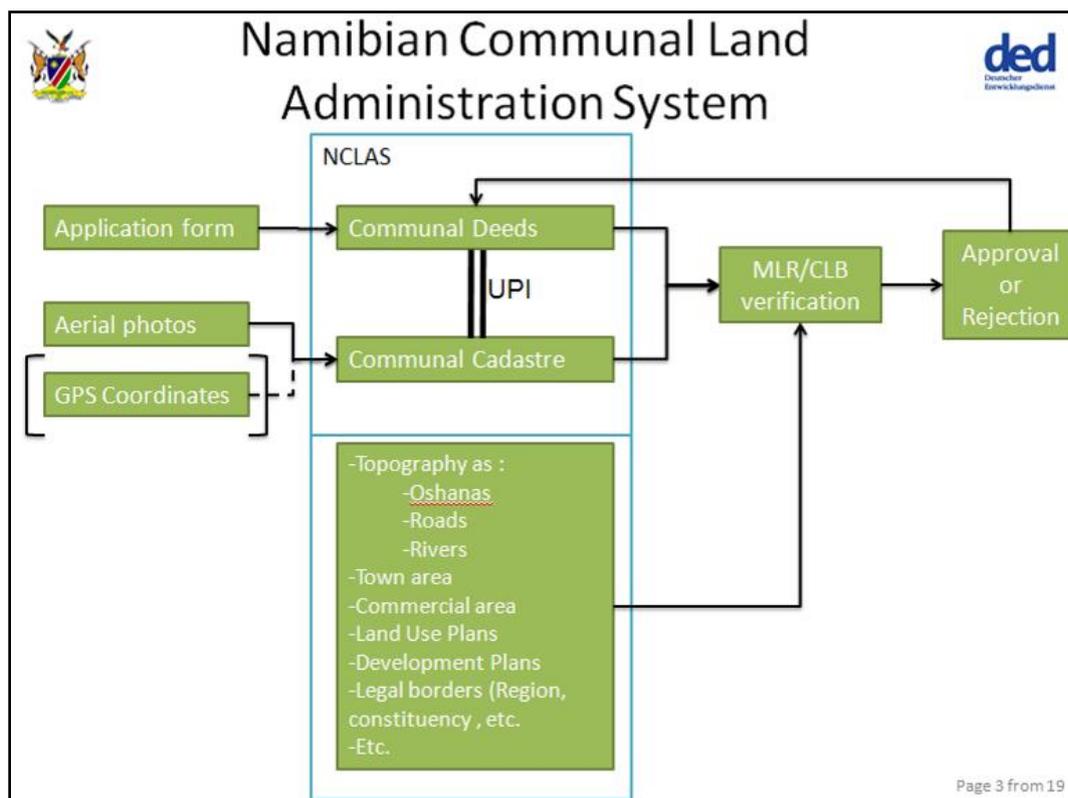


Abbildung: Prozess der Ausstellung eines Landtitels

7. Erfolgsfaktoren/Risiken und (pro-aktive) Maßnahmen

Erfolgsfaktoren	Risiken	Maßnahmen
Verfügbarkeit aktueller Luftbilder	Luftbilder nicht verfügbar oder veraltet	Luftbild-Befliegungen
Bereitschaft/Interesse zur Landregistrierung	Befürchtung, unregistriertes Land wird an externe Landnutzer vergeben; Trad. Führer sehen Machtverlust und verweigern Unterstützung	Intensive, vorbereitende und prozessbegleitende Information und Aufklärung; Transparenz der Landzuweisung durch CLBs
Partizipative, verbindliche Landnutzungsplanung	Nicht-registrierte Flächen werden nach politischen und kurzfristigen Profitinteressen vergeben	Landnutzungsplanung und intensives Wirkungsmonitoring der CLB
Ausgewogenes Verhältnis zwischen Privat-, Pacht- und Kommunalland	Ressourcenentzug für arme Bevölkerung durch Privat- und Pachtland (Zäunung), Förderung von Eliten	Landnutzungsplanung; Erweiterung des Flächenlimits für 'customary rights', um rechtliche Absicherung auch von Weideland zu gewährleisten
Personalkapazität des MLR	Verzögerung der Flächenerfassung und Zertifikatsausstellung	'Out-sourcing' von Aktivitäten an den Privatsektor

8. Auswirkungen

Leistung pro Tag (Anzahl erfasster Parzellen)	20 - 40
Gesamtkosten (Luftbilder + Erfassung) in Euro	2.350.000 (konventionelle GPS-Vermessung: 9.000.000)
Ausgestellte Zertifikate pro Tag	20 - 40
Zu registrierende kommunale Landtitel insgesamt	236.000
Bisher registriert mit beschriebener Methode	15.000 (6.4 % der zu erfassenden Gesamtfläche; bis Ende 2007 wurden < 1% mit konventioneller GPS Vermessung erfasst!)

9. Weitere Schritte

- Befliegungen der bislang durch Luftbilder nicht erfassten Areale und/oder Ankauf von Satellitenbildern
- Out-sourcing von Maßnahmen an den Privatsektor
- Intensive Aufklärung und Information von Stakeholdern
- Zusammenführung von Regionaldaten in eine zentrale, nationale Datenbank (Zentral-Kataster)
- Landesweite Standardisierung von Datenverwaltung und Datensicherung
- MLR-Personalaufstockung, auch um regionale Kataster ggf. zu aktualisieren („Land Officers“)

10. Genderrelevanz

Insbesondere Frauen sind Nutznießer der ausgestellten Landzertifikate. Nach dem traditionellen matri-linealen Vererbungssystem geht Behausung und Landbesitz nach dem Tod des Ehemanns an die Familie des Bruders über und betroffene Frauen sind dann in der Regel mittellos und auf Unterstützung durch Familienangehörige angewiesen. Landzertifikate sind dagegen auf den Ehepartner übertragbar und verhelfen den Frauen dazu, ggf. vor Gericht ihre Ansprüche geltend zu machen.

Sanierung der Talbereiche mittels Sohlschwellen

Sulser, Martin



Foto: Sulser, Martin

Sohlschwellen sind Erosionsschutzbauwerke zur Regulierung des Abflusses bei mittelgroßen Wasserläufen und degradierten nicht zu schmalen Talsohlen (mit mehr oder weniger ausgeprägtem Flussbett).

1. Drei gute Gründe für die Auswahl

Wertvolle Ackerböden werden wiedergewonnen und vor weiterem Verlust durch Bodenabtrag und Tiefenerosion geschützt. Auch die Überschwemmungsflächen nehmen zu, so dass die Getreideproduktion weniger abhängig von lokalen Regenereignissen wird. Die zusätzlichen Erträge aus der erhöhten Produktivität tragen wesentlich zur Ernährungssicherung bei.

Die Grundwasserträger werden wieder aufgefüllt d.h. die Grundwasserspiegel steigen signifikant an (bis zu 20 m Anstieg). Die Nutzung des oberflächennahen Grundwassers für die Bewässerung der Gemüsekulturen erlaubt die Erwirtschaftung von weiterem Geldeinkommen.

Der erhöhte Wasserspiegel in den Brunnen erleichtert die Arbeit der Frauen und Mädchen beim Wasserholen und die Tränke der Tiere.

2. Ausgangslage / Problemstellung (was soll verändert werden?)

Die Ausgangslage und damit der Zustand der natürlichen Ressourcen in den Tälern ist durch die folgenden Phänomene charakterisiert:

Ravinenbildung

Sie gilt als Folge der regressiven Erosion. Die Täler in der Sahelregion sind großen klimatischen Schwankungen (Dürreperioden, heftige Winde, Starkregen) und einem permanenten Nutzungsdruck ausgesetzt, die sich negativ auf die Vegetation auswirken, so dass diese lückenhaft wird bis sie letztlich gänzlich verschwindet. Fehlt die Vegetationsdecke und somit der Schutz gegen Wind und Wetter entwickeln sich die Erosionsphänomene. Erosionsgullies (Ravinen) graben sich in den Talsohlen, Verkrustung und Verdichtung (Glazisbildung) erscheinen in den Ackerböden. Dies führt zum Verlust von wertvollem Kulturland, verhindert die weiteren Bodenbildungsprozesse und senkt den Grundwasserspiegel.

Die Degradierung des Ökosystems führt ebenfalls zum Verschwinden vieler Pflanzenarten, wie unter anderen *Cyperus spp*, *Brachiaria spp*, *Cassia tora*, *Acacia nilotica*, *Ficus spp*. Gleichzeitig werden invasive Arten gefördert wie etwa *Calotropis procera*.

Niedrige Agrarerträge

Sie sind die Folge einer schwindenden Bodenfruchtbarkeit und von unzureichenden und schlecht verteilten Regenfällen (250 bis 350 mm in der Programmregion Tahoua). Die fehlende Verteilung des Abflusses auf die Talsohle des Wassereinzugsgebiets bewirkt eine unzureichende Infiltration. Die Übernutzung und Degradation der Böden der Täler hat nicht nur das ökologische Gleichgewicht verändert, sondern das Ertragsniveau drastisch gesenkt. Diese Situation ist für die örtliche Bevölkerung sehr entmutigend und führt zur Aufgabe der Bewirtschaftung von Flächen und fördert die Abwanderung.

Gleichzeitig werden die Böden auf anderen Standorten (z.B. Dünen) intensiver genutzt und ebenfalls überbeansprucht, so dass deren Bodenfruchtbarkeit leidet und die Erosion einsetzt. Insgesamt nimmt der Nutzungsdruck zu und damit steigen auch die Konflikte zwischen den unterschiedlichen Nutzungsformen Ackerbau und Viehhaltung.

3. Angestrebter Lösungsansatz (wie soll es verändert werden?)

Durch die Sohlswellen wird die Abflussgeschwindigkeit des Wassers verringert und die Fläche erhöht auf der das Wasser in den Boden einsickern kann. Das Hochwasser wird dadurch reguliert und das Abschwemmen des fruchtbaren Bodens verhindert. Zudem wird die Fähigkeit der Tümpel und Seen verbessert Wasser zu speichern. Daher tragen die Sohlswellen dazu bei degradierte Flächen für den Ackerbau wiederzugewinnen.

Das im Wassereinzugsgebiet so verfügbar gemachte Regenwasser wird im Regenfeldbau genutzt, den Baumkulturen auf den Überschwemmungsflächen zugeführt, als Grundwasser und in Tümpeln und Seen gespeichert, und so für Gartenbau und die Viehwirtschaft nutzbar. Auch die Wasserversorgung der Haushalte wird verbessert bzw. gesichert.

Um diese Zielsetzung zu erreichen werden jeweils mehrere Bauwerke in den Talsohlen erstellt. Dadurch wird die Belastung für die einzelnen Bauwerke verringert und eine hohe Effizienz erreicht. Die modulare Bauweise erlaubt die Anpassung der einzelnen Bauwerke an die spezifischen Erfordernisse des Standorts.

Für 90 Prozent der Talsohlen in der Sahelzone sind Sohlschwellen ein probates Mittel der Bodenmelioration bei degradierten oder stark degradierten Böden. Sie eignen sich ebenfalls für sandig-lehmige Böden auf denen die Gabionentechnik nicht eingesetzt werden kann.

4. Zielgruppe (an wen richtet sich das Instrument)?

Zielgruppe ist die Bevölkerung der jeweiligen Täler. Da praktisch jeder Haushalt auch in der Landwirtschaft aktiv ist, sind die meisten direkt oder indirekt begünstigt. In höchstem Maß gilt dies für die Haushalte, die Talflächen bewirtschaften und Talflächen besitzen.

Durch die Möglichkeit der Gemüseproduktion in der Trockenzeit eröffnen sich auch für Frauen neue Verdienstoptionen. Die Aktivitäten der Frauengruppen werden durch Beratung und Investitionshilfen besonders gefördert.

5. Mittler, bzw. wer wendet es an

Der Prozess der Erstellung von Sohlschwellen bedingt die Partizipation der Begünstigten und muss in ein umfassendes Planungsverfahren eingebunden sein um sicher zu stellen, dass aus der Intervention keine gravierenden Nachteile für einzelne Bevölkerungsgruppen erwachsen.

In der Region Tahoua wird dieser partizipative Planungsprozess von der Gemeinde geleitet. Als weitere lokale Akteure sind die Dörfer und Siedlungen (zu Sektoren zusammengefasst) sowie die lokalen Bodenrechtskommissionen beteiligt. Staatliche technische Dienste und private Dienstleister unterstützen diesen Prozess.

Für die Planung und Erstellung von Sohlschwellen nötige Kompetenzen:

Akteure	Rolle
Gemeinde	Durchführen der Gemeindeentwicklungsplanung und der Raumplanung Antrag auf Finanzierung der Meliorationsmaßnahmen, Ausschreibung und Kontrolle der Abwicklung, Organisation der Unterhaltskomitees und Finanzierung der Unterhaltsleistungen
Dörfer und Siedlungen	Management und in Wertsetzen der Meliorationsflächen, Erstellen der Begleitmaßnahmen (Erosionsschutzmaßnahmen) Unterhaltskomitees
Staatliche technische Dienste, Bodenrechtskommissionen	Technische Beratung und Sicherung der Konformität mit gesetzlichen Richtlinien und Normen für die Gemeinde und die Dörfer und Siedlungen, Unterstützung der Planungsverfahren
Dienstleister / Privatwirtschaft (Baufirmen, Ingenieurbüro...)	Unterstützung der Planungsverfahren, Durchführen der Studien, Bauaufsicht, Durchführen der Bauarbeiten mit dem HIMO – Ansatz
Programm LUCOP (GTZ - DED)	Unterstützung der Gemeindeentwicklungsplanung und der Raumplanung Unterstützung der Agrarberatung
FZ Modul FICOD (KfW - DED)	Planung, Finanzierung und Monitoring des Investitionsprogramms

6. Beschreibung der Anwendung (Rahmenbedingungen, Hinweise, Ablauf, Zeitbedarf)

Die folgende Übersicht zeigt den Ablauf der Umsetzung der Sanierung der Talbereiche. Sie verdeutlicht wie Planung und Erstellung der Sohlschwellen (gelb eingefärbt) in die weitere Planung eingebunden ist und die fachliche Begleitung der in Wertsetzung der meliorierten Flächen durch das Programm erfolgt.

Aktivitäten	Jahr 1				Jahr 2				Jahr 3			
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Wahl des Tales durch die Gemeinde, Abgleich mit der Gemeindeentwicklungsplanung												
Entscheid des Gemeinderates und Antrag an LUCOP/ FICOD												
Feasibility-Studie durch den Sachverständigen des Programms												
Erarbeitung der Raum- und Rahmenplanung (Schéma Directeur de Mise en Valeur)												
Erstellung der technische Studien und der Ausschreibungsunterlagen												
Ausschreibung der Aufträge – Verträge mit den Bauunternehmen												
Einrichten der Lehrbaustellen												
Bau der Sohlschwellen und Furten, Erstellen der Erosionsschutzmaßnahmen												
Agrarberatung												
Monitoring der weiteren Umsetzung der Rahmenplanung												

Die Ingenieursleistungen werden durch das Programm an einen Sachverständigen delegiert. Dieses Ingenieurbüro leistet auch die Planung und Ausschreibung der Baustellen und übernimmt zudem für die Bauherren (Gemeinden) die Bauleitung (Maîtrise d'ouvrage déléguée).

Die Bauten werden von Baufirmen ausgeführt. Dabei werden die ungelernten Arbeitskräfte grundsätzlich aus den beteiligten Dörfern rekrutiert. Zudem hat sich ein lokaler Stamm an gelernten Handwerkern gebildet auf die die Baufirmen zurückgreifen können. Für die Ausbildung der lokalen Handwerker wird eine Lehrbaustelle eingerichtet die auch auf das Durchführen von Unterhaltsarbeiten vorbereitet.

Sohlschwellen werden aus massivem Mauerwerk mit Zementmörtel erstellt. Die dazu verwendeten Lateritbrocken werden an den Plateaus gewonnen. Der schematische Aufbau der Bauwerke ist auf der nächsten Seite dargestellt.

Abbildung: Beispiele von Konstruktionszeichnungen und Bauplänen für die Errichtung von Sohlschwellen

REFERENCES : Bender HDG-GERI (toutes les plans et tableaux sur les deux pages suivantes dans Bender HDG-GERI)

REMARQUE PRELIMINAIRE
 Les termes techniques utilisés dans l'ensemble des ouvrages anti-érosifs ne suivent aucune norme.
 Les ouvrages sont généralement définis et décrits par leur objectif prépondérant.
 Les seuils les plus souvent implantés sont

- Les seuils d'infiltration
- Les seuils d'épandage
- Les seuils radiers

Très souvent les ouvrages visent plusieurs objectifs.

DESCRIPTION
 Les seuils en maçonnerie sont des mesures de lutte contre l'érosion hydrique linéaire dans les ravines à profondeur moyenne.
 En général on construit toute une série de seuils à fin de diminuer la pente longitudinale du lit du ravin.

OBJECTIFS

- Réduction de la vitesse d'écoulement des eaux dans les ravines
- Diminution /arrêt de l'érosion régressive
- Diminution de la pente longitudinale (terrassement)
- Stabilisation du lit du bas-fonds / kori
- Stabilisation des berges en amont, tout en empêchant la formation de nouvelles griffes d'érosion

SITES D'IMPLANTATION

- Ravins et ravines avec les quantités faibles à moyennes en eaux de ruissellement
- Ravines à profondeur moyenne (>1,50 à 3,00 m)

MISE EN ŒUVRE

- Voir dessins à droite

PARAMETRES

- Voir plans et tableaux à la page suivante

Mise en oeuvre

Seuil simple avec bassin de dissipation

Etat initial

Etape 1 : fouille en masse

Etape 2 : fouille des fossés

Etape 3 : construction des murets

Etape 4 : construction du muret longitudinal et l'ancrage des seuils

Etape 5 : construction des seuils

Double seuil avec bassin de dissipation

Etat initial avec implantation

Etape 1 : fouille en masse

Etape 2 : fouille des fossés

Etape 3 : construction des murets

Etape 4 : construction du muret longitudinal et l'ancrage des seuils

Etape 5 : construction des seuils

Plan

Plan

hauteur H	fouille		bassin de dissipation		épaisseur murets		hauteur H	seuils	écran	contresuil	c-s de prot.	muret long.	bassins de dissipation Sbd1/Sbd2	bassin de prot Spr
	étape 1 a/b	étape 2 c/d/e	Sbd1	Sbd2	seuils	longitud								
100-120 sans bd	10 / 60	60/60/40	200	200 - 250	40	40	100-120 avec bd	base	tête	40	50	40	300-400/300-400	-
120 à 140	0 / 70	70/70/40	250	250 - 300	50	50	100-120	60	40	40	50	40	300-350/300-350	200-260
145 à 160	0 / 70	70/70/40	250	250 - 300	50	50	120 à 150	100	40	40	50	40	350-450/350-450	250-300
165 à 220	0 / 70	80/80/40	300	300 - 350	50	50	155 à 170	110	50	50	50	40	450-500/450-500	300
							175 à 180	120	50	50	50	40	450-500/450-500	300

INVESTISSEMENTS (exemples indicatifs PDRT)

- Seuil simple (l=20m, h=1,2m, ailes 50m) 6,5 millions FCFA
- Seuil simple (l=50m, h=0,75m, ailes 50m) 10 Millions FCFA
- Seuil simple (l=100m, h=0,75m, bassin de dissipation=2,5m, ailes 50m) 16 millions FCFA
- Seuil double (l=40m, h=1,2m, bassin de dissipation) 15 millions FCFA
- Seuil double à faible débit (l=375m, h=0,75m) 25 Millions FCFA
- Seuil double à grand débit (l=50m, h=2m, ailes 500m) 25 millions FCFA

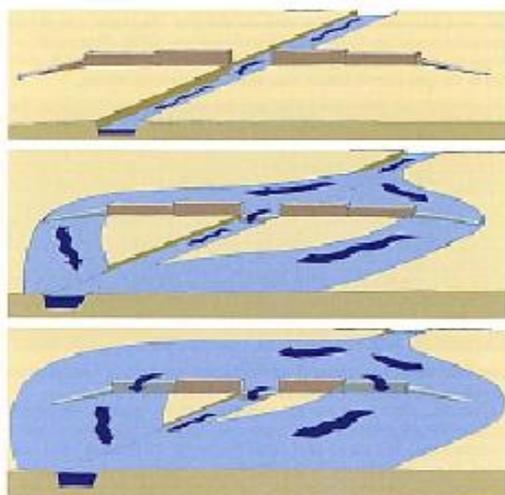
Plus 7 à 10 % pour les coûts d'étude et contrôle

Schättrumpf 2005 : Seuil proposé à Iferoouane: 368.576 FCFA / m lin (indicatif)

7. Erfolgsfaktoren / zu beachtende Risiken bei der Anwendung

Durch den modularen Aufbau der Einzelbauwerke und die Errichtung in Serie können die Bauwerke abgestimmt auf die spezifischen Gegebenheiten der Talsohle und eventueller Zuflüsse gebaut werden und entsprechend der Ergebnisse der ersten Jahre weiter angepasst und gegebenenfalls erweitert werden. Die technischen Grundlagen für den Bau sind in langjährigen Versuchen getestet worden, so dass es sich hier um eine erprobte Technologie handelt.

Ein weiterer Erfolgsfaktor sind die Erosionsschutzmaßnahmen, die die Errichtung der Sohlschwellen begleiten. Durch die Schutzmaßnahmen auf den Plateauflächen und in den Hanglagen wird die Kraft des Wassers gemindert. Im Bereich der Anbauflächen im Tal wird eine gleichmäßige und maximale Verteilung des Abflusswassers angestrebt, um eine maximale Infiltration zu erreichen. Je nach Gefälle und Umfang der Zuflüsse kommen unterschiedliche Techniken zum Einsatz: Minisohlschwellen, Mauerwerke, Trockensteinmauern, Steinwälle und Steinreihen werden errichtet.



Schematische Abbildung: Sohlschwelle bei steigendem Hochwasser

Dabei gilt es insbesondere auch die Versandung der Sohlschwellen zu mindern. Durch die Sohlschwellen wird die Sandlast der Wasserläufe reduziert, der Sand setzt sich ab, sedimentiert das Flussbett und verändert so das Rückstauvolumen und die Überschwemmungsfläche. Als Folge sinken Infiltration und Effizienz der Maßnahme. Als Gegenmaßnahmen eignet sich der Einsatz von Spülöffnungen und Dämmbalken für das gezielte Freispülen des Rückstaubereichs.

Die Sanierung der Talbereiche ist ein massiver Eingriff in das Nutzungsgefüge in den Tälern der Region. Sie birgt die Gefahr von Nutzungskonflikten und sollte daher durch die zuständigen Institutionen begleitet sein. Entsprechend werden die Departments-, Kommunal und Basis-Bodenrechtskommissionen schon in der Planungsphase mit einbezogen und erstellen die Referenzsituation.

Die partizipative Flächennutzungsplanung und die Verzahnung mit der Gemeindeentwicklungsplanung sind weitere Erfolgsfaktoren. Durch sie wird sichergestellt, dass keine der Nutzergruppen durch die Intervention benachteiligt wird und das Gemeinwohl gebührend Berücksichtigung findet.

Durch die Sanierung der Talsohlen mit den Sohlschwellen wird schnell ein sichtbarer Beitrag zur Ernährungssicherung und damit zur Einkommensverbesserung der ansässigen Bevölkerung erreicht. Zur weiteren Optimierung der Produktion und der Entwicklung des Obst- und Gemüseanbaus wird die Agrarberatung eingesetzt.

Im Rahmen der Sanierung werden keine Bodenrechte umverteilt. Allerdings gilt es den Zugang zu den Bewässerungsflächen für eine breite Bevölkerungsgruppe zu sichern. Der Gartenbau in der Trockenzeit erfordert weitere Investitionen, so dass eine langfristige Absicherung der Zugangsrechte durch Vereinbarungen bzw. verbriefte Nutzungsrechte nötig ist. In dieser Hinsicht werden von Seiten des Programms insbesondere Frauengruppen gefördert.

Wo sinnvoll werden die Sohlschwellen durch eine Furt ergänzt und erlauben so die Anbindung an das weitere Verkehrsnetz und sichern während der Regenzeit eine verlässliche Verbindung mit der sozialen Infrastruktur in den städtischen Zentren.



Foto: Sulser, Martin

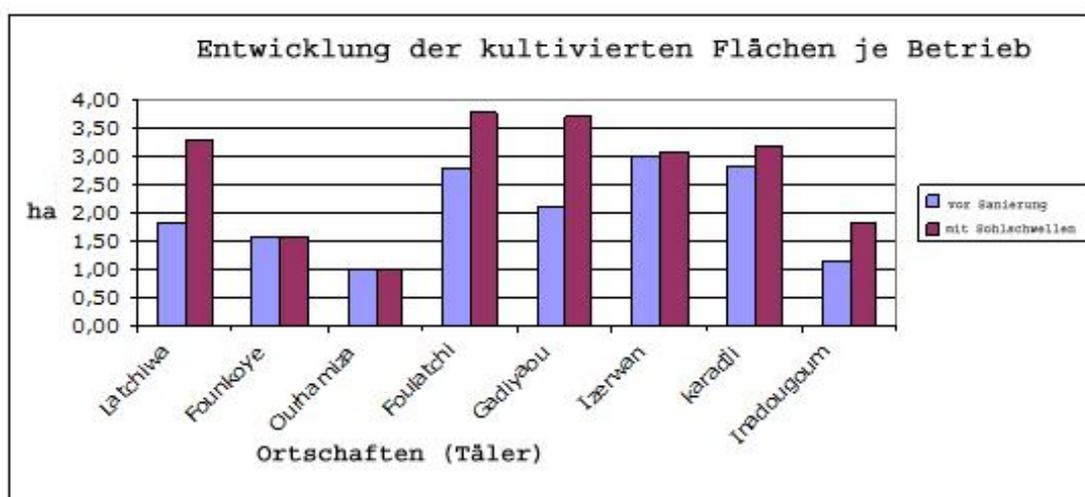
Sohlschwellen sind eine erhebliche Investition für die öffentliche Hand. Die Finanzierung der Investitionen übersteigt bei Weitem die Möglichkeiten der Gemeinden. Ebenso ist es notwendig externes technisches Know-how zu mobilisieren. Für die Planung und Leitung der Arbeiten ist insbesondere bei stark degradierten Talsohlen sehr viel Erfahrung in der Dimensionierung und Ausrichtung der Bauwerke nötig. Für derartige Ingenieursarbeiten gibt es nur wenige Know-how Träger in der Sahelregion.

Als weiterer Risikofaktor ist die Absicherung der Folgekosten zu nennen. Größere Unterhaltsarbeiten müssen nach dem Rückzug des Programms durch die Gemeinden getragen werden. In diesem Zusammenhang ist ebenfalls nicht abschließend geklärt welche zusätzlichen Risiken aus der im Rahmen der Erderwärmung zu erwartenden Zunahme der Extremereignisse erwachsen.

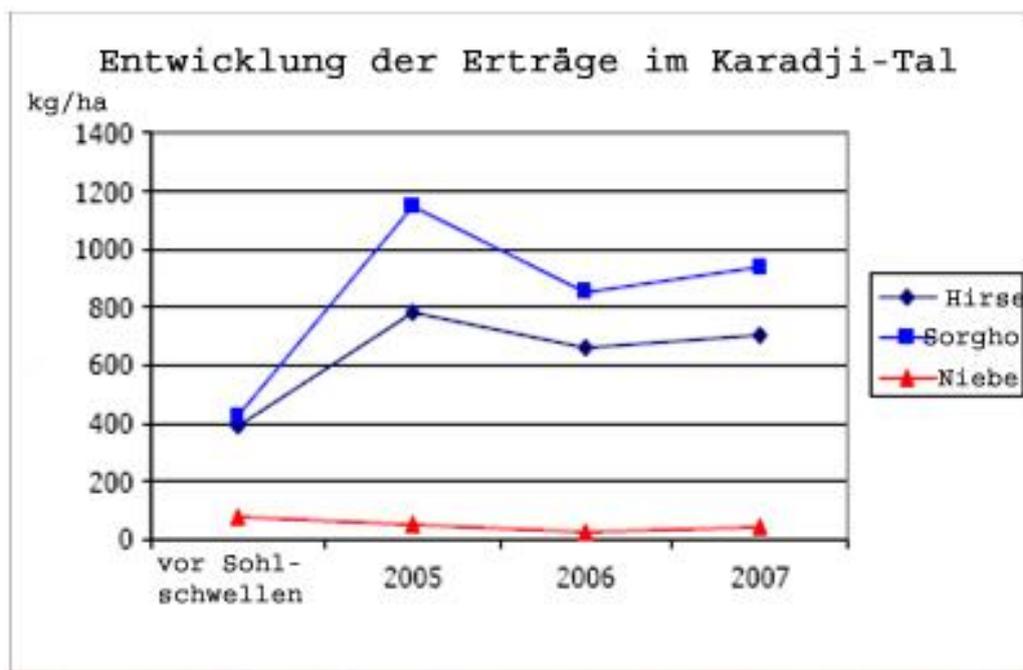
8. Konkrete Auswirkungen (was hat sich verändert?)

Durch die Kontrolle der Erosionsdynamik in den Talsohlen wird der Bodenverlust gestoppt und die Wiederherstellung der Böden ermöglicht. Entsprechend erhöht sich die Anbaufläche in den Tälern und somit die Flächen der Agrarbetriebe (vgl. Graphik auf der nächsten Seite). Die Veränderungen sind unterschiedlich von Tal zu Tal.

Wie bereits dargestellt wird auch die Überschwemmungsfläche ausgedehnt und daher steigen die Erträge insbesondere bei Sorghum und werden auch über die Jahre regelmäßiger, da die Abhängigkeit von lokalen Regenereignissen vermindert wird. Die Verbesserung der Erträge reicht in einzelnen Tälern hin zu einer Verdoppelung (vgl. Graphik zum Karadji-Tal als Beispiel auf der nächsten Seite). Insgesamt stieg dadurch für die Produzenten die Deckung der Bedürfnisse an Grundnahrungsmitteln um 13 bis 20 Monate.

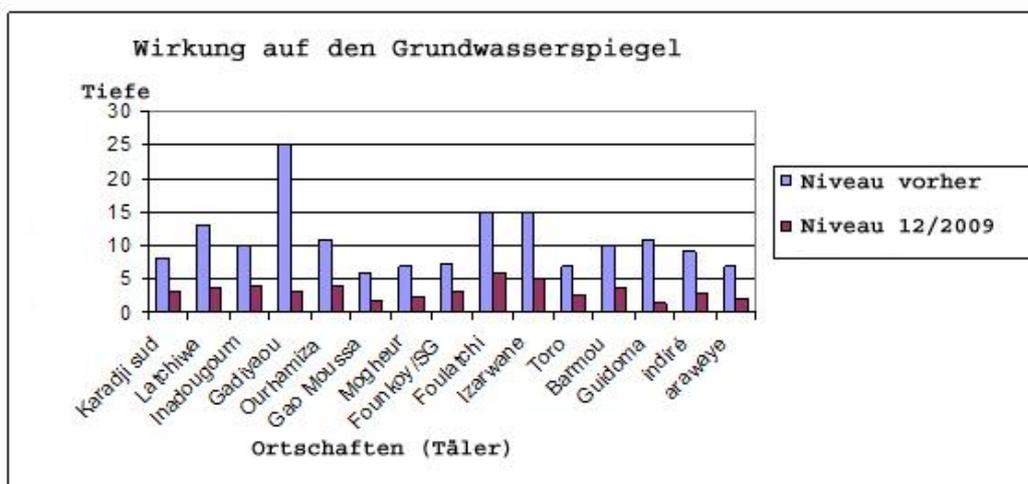


Ebenfalls verbessert wurde die Futterverfügbarkeit für das Vieh. Einerseits ergibt eine erhöhte Getreideernte auch mehr Ernterückstände, andererseits ist durch die Erholung der Vegetation im Talbereich auch mehr Weidemöglichkeit gegeben, sowohl hinsichtlich der Gras- und Krautschicht, als auch hinsichtlich der Strauch- und Baumweide.



Zusätzlich kann durch die nun ermöglichte Gemüseproduktion in der Trockenzeit weiteres Einkommen erwirtschaftet werden. Im Durchschnitt stiegen die Jahreseinkommen je Produzent von 125.000 FCFA auf 195.000 FCFA, wobei sich die Situation je nach Tal unterschiedlich positiv darstellt. Insgesamt sank durch diese Verbesserung die Abhängigkeit von der saisonalen Arbeitsmigration in die Städte.

Als weitere positive Wirkung ist der Anstieg der Grundwasserspiegel zu nennen (vgl. Graphik auf der nächsten Seite). Durch die erhöhte Verfügbarkeit des oberflächennahen Grundwassers wurde erst die Entwicklung der Kleinbewässerung in der Regenzeit möglich. Die erhöhte Verfügbarkeit verringert insbesondere die Arbeitsbelastung für die Frauen und Mädchen. Neben der Versorgung der Haushalte mit Trink- und Brauchwasser wird ebenfalls die Tränkemöglichkeit für das Vieh erleichtert.



9. Evtl. weitere Schritte, die es zu entwickeln gilt bzw. damit verwandte Instrumente

Die spezifische Rechtslage im Niger ermöglicht die Erstellung der Sohlschwellen ohne dass eine Landumverteilung durchgeführt werden muss. Bezüglich der Bodenrechtssituation sollte dennoch geklärt werden, welchen Status das Land der Bauwerke de facto und de jure hat bzw. haben sollte und welche Konsequenzen sich für das Vorgehen bei Planung etc. ergeben. Als Weiterentwicklung der Beteiligung der Begünstigten, neben den Arbeitsleistungen beim Bau, für den Erosionsschutz und die Unterhaltung, könnten die Übertragung der Flächen für die Baumaßnahmen als Partizipationsleistung der Grundbesitzer vereinbart werden. Durch die formelle Überführung der Flächen in kommunalen Besitz wird erreicht, dass letztlich die Bauwerke und deren Grund im Besitz der Gemeinden sind. Entsprechende Verfahren sind noch zu entwickeln. Für andere Länder muss jeweils die bodenrechtliche Grundlage berücksichtigt werden und ggf. auch eine Arrondierung und Neuparzellierung durchgeführt werden.

Hinsichtlich des Ingenieurwissens ist die weitere Verbreitung zu organisieren, so dass mittelfristig die Ingenieursleistungen ebenfalls ausgeschrieben werden können. Dies könnte durch den Aufbau eines Kursangebots (national und regional) erfolgen bei dem insbesondere auch die Aufsichtsbehörden zu beteiligen sind. Dies sollte einhergehen mit einer stärkeren Einbindung des Wasserministerium im Sinne der Förderung eines integrierten Wasserressourcen Managements und der weiteren Fachministerien insbesondere Genie Rural für die Begleitung der Investitionen und die technische Beratung der Bauträger (Gemeinden).

Um die langfristige Unterhaltung der Bauwerke abzusichern, sollte ihre Haltbarkeit überprüft und normiert werden. Dadurch kann die Absicherung gegen Schäden und Verschleiß durch Rücklagenbildung und die Nutzung einer Versicherung besser über die gesamte Nutzungsdauer verteilt werden.

Die Erprobung der Errichtung von Sohlschwellen in der pastoralen Zone verbunden mit einer auf pastorale Nutzung orientierten Raum- und Rahmenplanung und in Wertsetzung eröffnet die Ausweitung der Anwendung des Instruments in die nördlichen ariden Gebiete.

Förderung der Wertschöpfung und Diversifizierung im Baumwollsektor von Nordtadschikistan

Weisse, Holger



1. Drei gute Gründe für die Auswahl

- Baumwolle ist Hauptkultur in der Landwirtschaft und wird als Monokultur angebaut. Auf den Feldern arbeiten hauptsächlich Frauen und Kinder.
- Partnerorganisation Sugdagroserv arbeitet nach dem Farmer Ownership Modell und vereint 1035 landwirtschaftliche Betriebe in einer Aktiengesellschaft
- Bisherige Wirtschaftsweise mit “Investoren” führte zu extremer Verschuldung der Betriebe mit einem Gesamtvolumen von 702 Mio. USD

2. Ausgangslage / Problemstellung (was soll verändert werden?)

Nach der Landreform in den 1990er Jahren wurden die staatlichen Güter und Kochosbetriebe in kleine und kleinste Dekhanfarmen aufgeteilt. Die Reform sieht aber nur ein Landnutzungsrecht vor, das auch bei “nicht zweckmäßiger” Nutzung widerrufen werden kann.

Zu Landnutzern wurden vom Kolchosvorsitzenden bis zum Dorflehrer alle Interessierten. Frauen bekamen aber nur in wenigen Fällen die Gelegenheit dazu.

Mit der Landverteilung wurde auch die Landtechnik verteilt, Gebäude wurden den staatlichen Verwaltungen zugeschlagen. Alle bis dahin bestehenden Dienstleister für die Großbetriebe, wie Maschinen-Traktoren-Stationen, agrochemischer Dienst und Beratungsdienste bei den Landkreisen sowie die Saatgutbetriebe und Forschungsstationen existieren nicht mehr und konnten auch durch Nichtregierungsorganisationen im landwirtschaftlichen Bereich nicht ersetzt werden.

Das tadschikische Landwirtschaftsministerium verwaltet seinen Zuständigkeitsbereich und erhebt fast ausschließlich statistische Daten. Damit ist die Landwirtschaft in Tadschikistan nach der Erlangung der Unabhängigkeit 1991 immer weniger funktionsfähig geworden.

Den Landwirten mangelt es an grundlegendem Wissen sowohl im Agrarbereich als auch in betriebswirtschaftlichen Fragen. Sie erhalten in großem Umfang Planvorgaben durch die

Kreislandwirtschaftsverwaltungen. Beim Anbau von Baumwolle, die als strategischer Rohstoff gilt, kommen diese Auflagen direkt aus dem Ministerium. Sogenannte Investoren kümmern sich dann um die Betriebe und schießen ihnen Inputs und häufig auch Grundnahrungsmittel vor, die danach mit der Ernte verrechnet werden. Außerdem können sich die Bauern weder ihre Investoren noch die Baumwollfabriken aussuchen. Dieses Finanzierungssystem führte über die Jahre zu einer Verschuldung der tadschikischen Baumwollbetriebe von über 700 Mio. USD.

Auf Druck der internationalen Geldgeber wurde 2008 ein Schuldenerlass durch den Präsidenten des Landes unterzeichnet und den Bauern Freiheit bei dem Anbau ihrer Kulturen zugesichert. Diese auf den ersten Blick zukunftsweisende Entwicklung ist aber nicht flankiert von staatlichen Maßnahmen zur Unterstützung der Landwirte. Nach wie vor besteht der Technikpark im Land aus sowjetischen Geräten der 1980er Jahre, Saatgut und Düngemittel kaufen die Landwirte auf den Basaren oder dem Schwarzmarkt, die Waren sind nicht zertifiziert und häufig von schlechter Qualität. Der Import von besseren Inputs aus Usbekistan scheitert an der langjährigen Blockade seitens des Nachbarlands.

Damit sichern die Farmbetriebe in den wenigsten Fällen das Überleben der Familien und die arbeitsfähigen Männer befinden sich in der Arbeitsmigration in Russland oder Kasachstan. Frauengeführte Landwirtschaftsbetriebe machen so einen Großteil der Dekhanfarmen aus.

3. Angestrebter Lösungsansatz (wie soll es verändert werden?)

Ab 2001 führten Sugdagroserv (SAS), die International Finance Corporation (IFC) und die Schweizerische Entwicklungsagentur SECO als Alternative zum bestehenden System der Baumwollproduktion das Farmer-Ownership-Modell ein. Die dafür gegründete Aktiengesellschaft mit über 1000 Teilhabern wurde mit einem Mikrofinanzportfolio von 1,5 Mio. USD ausgestattet und von ausländischen Beratern unterstützt.

Geringe Erträge und schlechte Baumwollpreise ließen den Ansatz aber nahezu scheitern, 2007 sollte SAS eigentlich schon an eine Bank übergeben werden.

Das neue, ab Oktober 2007 entwickelte Modell, orientiert sich nicht mehr nur an der Baumwolle als Hauptkultur, sondern versucht, eine Anbaudiversifizierung zu unterstützen.

Dazu wurden neben den bisherigen Abteilungen Mikrofinanz und Baumwollverkauf ein Agrotechnisches Servicecenter und für die Beratung der Zielgruppe die NRO SAS-Consulting gegründet.

Sie haben die folgenden Aufgaben:

- Vergabe von Kleinkrediten durch SAS-Mikrofinanz
- Bereitstellung von Inputs für die landwirtschaftliche Produktion durch das Agrotechnische Servicecenter
- Vermarktung der Ernte der Farmer durch die Abteilung Marketing von SAS
- Informations- und Beratungsdienstleistungen, insbesondere zu Agronomie, Marktpreisen und innovativen Technologien durch die NGO SAS-Consulting.

4. Zielgruppe (an wen richtet sich das Instrument)?

Direkte Zielgruppe sind die Aktionäre von Sugdagroserv, die erreichte Zielgruppe umfasste 2009 2752 Personen, davon 49% Frauen. Geplant sind 26.400 Personen, der Anteil der

Frauen wird dann bei 64% liegen. Durch den Aufbau des Agrotechnischen Servicecenters können auch Nichtaktionäre die Dienstleistungen in Anspruch nehmen.

5. Mittler, bzw. wer wendet es an

SAS mit seinen Abteilungen ist sowohl Akteur als auch Mittler.

6. Beschreibung der Anwendung (Rahmenbedingungen, Hinweise, Ablauf, Zeitbedarf)

Bis 2007 wurde SAS durch IFC und SECO unterstützt, ein Mikrokreditportfolio in Höhe von 1,5 Mio. USD wurde bereitgestellt und die Vermarktung der Baumwolle übernommen. Im Programm arbeiteten damals bis zu drei australische Experten.

Im Verlauf der Zusammenarbeit stellte sich dieser Ansatz als zu eng dar. Die Beschaffung von landwirtschaftlichen Inputs erfolgte durch die Bauern nach wie vor über den Schwarzmarkt, Landtechnik war ebenso ein Engpass. Außerdem verhinderte die Orientierung auf eine einzige Kultur eine Diversifizierung des Anbaus weitgehend.

Missernten in Verbindung mit dem staatlichen Monopol auf die Baumwollpreise führte zu einem Schrumpfen des Portfolios auf unter 800.000 USD. Auf Grundlage einer Analyse der Zielgruppensituation wurde nach dem Ausstieg von IFC eine Neuorientierung von SAS vorgenommen. Zu den schon bestehenden Arbeitsfeldern kamen mit den Gründungen von SAS-Consulting und dem Agrotechnischen Servicecenter zwei neue hinzu.

Die NGO SAS-Consulting stellt den Farmern gezielt Beratung zur Verfügung, führt Seminare zu landwirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Themen durch, bewirbt sich um Projekte bei den verschiedensten Geldgebern und hat sich mittlerweile zu einem Innovationszentrum entwickelt.

Das Agrotechnische Servicecenter bietet der Zielgruppe zertifizierte Inputs wie Samen, Düngemittel oder Pflanzenschutzmittel und berät bei der Anwendung. Es stellt außerdem Landtechnik zur Verfügung und hat zwei mobile Reparaturstützpunkte auf Abruf.

Zum heutigen Tag ist SAS die einzige Organisation in Tadschikistan, die ein so umfangreiches Dienstleistungsangebot für Farmer besitzt. Ein gezieltes Förderprogramm für Geschäftsfrauen, gekoppelt mit einem zweckgebundenen Kleinkreditportfolio wurde aufgelegt und erfolgreich implementiert. Im Weiteren begleitet SAS ein Agrarmarkt-Informationssystem, arbeitet im Bereich der Biobaumwolle-Zertifizierung und zeigt sich offen für innovative Ideen. Der Anteil der traditionellen Baumwollkredite am Portfolio von SAS Mikrofinanz liegt nur noch bei ca. 50%, entsprechend ist das Portfolio at Risk von über 14% auf unter 4% gefallen.

7. Erfolgsfaktoren / zu beachtende Risiken bei der Anwendung

Die Unterstützung durch internationale Organisationen machte die Einführung von Neuerungen im politisch hochbrisanten Baumwollsektor erst möglich. Unter Druck der internationalen Geber wurde ein Präsidentenerlass verabschiedet, der den Bauern die Freiheit lässt, über den Anbau selbst zu entscheiden.

Ein motiviertes und fachlich gutes Management wurde ausgewählt, Einstellungen erfolgen nur nach Eignung.

Die Organisation hat sich neuen Ansätzen geöffnet.

Die Zielgruppe nimmt direkten Einfluss auf strategische Entscheidungen im Rahmen der Aktionärsversammlungen, die Aktiengesellschaft wird von ihr als Interessenvertretung wahrgenommen und die verbesserte Marktposition bringt Vorteile für die Bauern.

Allerdings gibt es eine Reihe von Risiken:

- Der politische Wille zu einer Agrarneuordnung ist gerade regional nicht ausgebildet, nach wie vor wird von den Kreisverwaltungen versucht, Einfluss zu nehmen. Außerdem besteht nach wie vor eine Abhängigkeit von der Baumwolle.
- Gesetzliche Vorgaben wechseln sehr rasch. Nach wie vor gibt es kein Eigentum an Land.
- Nicht zu unterschätzen ist die Gefahr einer zu hohen Geberabhängigkeit beziehungsweise einer Instrumentalisierung von SAS durch Geber.
- Die Situation in den Nachbarländern Usbekistan und Kirgisistan erschweren besonders den Inputsupply, der über diese Grenzen geht.
- Und immer muss sich ein neuer Ansatz in der Landwirtschaft daran messen lassen, ob in der Praxis die Landwirte einen Benefit von den Neuerungen haben oder anders: Alles entscheiden die Ernten.

8. Konkrete Auswirkungen (was hat sich verändert?)

Im Augenblick ist es noch nicht möglich, Angaben zur Verbesserung der Lebenssituation der Familien zu machen, entsprechende Untersuchungen sind noch nicht belastbar. Augenscheinlich sind aber folgende Veränderungen:

- Stärkere Diversifizierung der angebauten Kulturen führte zu stabileren Einkommen bei der Zielgruppe
- Die Entscheidung für Anbaustrukturen treffen die Farmer verstärkt auch gegen die Vorschriften örtlicher Verwaltungen
- Von Frauen geleitete Betriebe werden in der Öffentlichkeit positiv wahrgenommen
- Einführung von organischer Baumwolle als neuer, absatzstabile Kultur, im Rahmen des Projekts “Organic Value Chain Development” zusammen mit Helvetas.

9. Evtl. weitere Schritte, die es zu entwickeln gilt bzw. damit verwandte Instrumente

Für Tadschikistan ist das Farmer-Ownership-Modell in dieser Konstellation ein Einzelfall. Es gilt daher, folgende Aktivitäten zu entwickeln:

- Stärkung von SAS selbst in den Bereichen des Inputgeschäfts, Eröffnung von Filialen in anderen Regionen, um den Zugang für die Zielgruppe zu verbessern
- Augenmerk auf die Höhveredlung von agrarischen Rohstoffen in der Region
- Akquise von neuen Projektmitteln bei den Gebern durch SAS-Consulting
- Gezielte Unterstützung der PO mit Fortbildung, Kurzzeitexperten, Fördermitteln durch den DED und andere Partner

Ausblick

(Martina Wegner)

Die verschiedenen Instrumente und die Ergebnisse der Diskussionen trugen sehr stark zur Ausgestaltung des neuen übersektoralen Konzeptes des BMZ „Entwicklung ländlicher Räume und ihr Beitrag zur Ernährungssicherung bei“, das im November 2010 in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt wurde und voraussichtlich im Januar 2011 offiziell erscheinen wird. Der Ansatz der „Territorialen Entwicklung“ wird eine Umsetzungsempfehlung dieses Konzeptes werden. Er basiert stark auf einer vernetzten Vorgehensweise, die dem gesamten hier vorliegenden Dokument zugrunde liegt. Hierbei wird der Erfolg stark davon abhängen, inwieweit es auch in der Zukunft gelingt, bewährte Erfahrungen zu dokumentieren, aufzuarbeiten und der Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Das Sektorvorhaben „Territoriale Entwicklung im ländlichen Raum“ sieht hierbei seine Rolle als „Facilitateur“ zwischen Organisationen und mit Vorhaben der Außenstruktur und wird hierzu 2011 und 2012 verschiedene Beiträge leisten (u.a. zu territorialer Entwicklung in fragilen Kontexten, im Programmbildungsansatz etc.). Hierbei wird sich das SV durch die hier gemachte äußerst gute Erfahrung der Vernetzung und Zusammenarbeit von Organisationen (Süd-Süd, aber auch Süd-Nord) auch weiterhin inspirieren lassen.

Anhang

Programm der Veranstaltung „Territoriale Entwicklung im ländlichen Raum“

Montag, den 19.07.2010: Fachexkursion zum Thema Regionalentwicklung

Wann?	Was?	Wer?
9.00 Uhr – 10.15 Uhr	Gespräch mit dem Rothaarsteig-Verein Schmallenberg: Kooperationsbeispiel eines Tourismusprojektes über Landes, Kreis- und Kommunalgrenzen hinaus http://www.rothaarsteig.de/	Harald Knoche, Geschäftsführer des Rothaarsteigvereins
10.45 Uhr – 12.00 Uhr	Besuch des Bioenergiedorfes Ebbinghof: Selbstversorgung eines Dorfes mit regenerativen Energien http://www.bioenergiedorf- nrw.de/energiedorf/bioenergiedorf_ebbinghof.php	Hubertus Peitz, Mitglied des Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der LEADER-Region „4 mitten im Sauerland“. Helmut Hentschel, Klimabeauftragter der Stadt Schmallenberg
12.00 Uhr – 13.30 Uhr	Vorstellung der LEADER-Region „4 mitten im Sauerland“ in Esslohe www.leader-sauerland.de	Reinhold Weber, 1.Vorsitzender der LEADER-Region „4 mitten im Sauerland“.
13.45 – 15.00 Uhr	Regionale Wertschöpfung - Das Beispiel der Weihnachtsbaumkulturen im Sauerland in Eslohe- Niederlandenbeck http://www.muetherich.de/index_m.htm	Familie Mütherich Eslohe- Niederlandenbeck
15.30 – 16.30 Uhr	Gespräch mit dem Hochsauerlandkreises: Regionalentwicklung im Hochsauerlandkreis : Programm REGIONALE 2013 Südwestfalen www.hochsauerlandkreis.de (Landratsamt Meschede)	Stefan Grawinkel, Strukturförderung, Regionalentwicklung (FD 01)

Dienstag, den 20.07.2010: Seminar zu Instrumenten der territorialen Entwicklung im Gustav-Stresemann-Institut, Bonn

Wann?	Was?	Wer?
9:00 – 10:00	Begrüßung Vorstellungsrunde Präsentation der Idee der Zusammenarbeit Präsentation des Programms Feedback zur Fachexkursion ins Sauerland	DED Fachgruppe Ländliche Entwicklung, Ressourcenschutz und Wasser + GTZ Sektorvorhaben „Territoriale Entwicklung im ländlichen Raum“
10:30 – 13:00	Präsentation des Ansatzes „Territoriale Entwicklung im ländlichen Raum“; Kurzer Überblick über das im Erstellungsprozess befindliche übersektorale BMZ-Konzept „Entwicklung ländlicher Räume und ihr Beitrag zur Ernährungssicherung“, Diskussion	GTZ Sektorvorhaben „Territoriale Entwicklung im ländlichen Raum“
14:00 – 17:30	<u>1. Themenblock zur Diskussion von Instrumenten zu Landwirtschaft, Ernährungssicherung und Ressourcenschutz</u> (inkl. Klimawandel): Beratungssysteme; Getreidebanken, nachhaltige Waldbewirtschaftung, Aufforstung, Erosionsschutz, Watershedmanagement, ,	Moderation, <u>Input DED:</u> Günther Rapp VIE Martin Sulser NER Werner Ahringhoff DED <u>Ressourcepersonen</u> <u>GTZ:</u> Marlis Lindecke, Alexander Schöning

Mittwoch, den 21.07.2010: Seminar zu Instrumenten der territorialen Entwicklung im Gustav-Stresemann-Institut, Bonn

Wann?	Was?	Wer?
8:30 – 13:00	<u>2. Themenblock zur Diskussion von Methoden und Instrumenten zu Landmanagement:</u> Landnutzungsplanung, partizipative Ansätze, Bodenrecht, Waldmanagement	Moderation, <u>Input DED:</u> Manfred Ebertseder ECU Rolf Sprung NAM <u>Ressourceperson GTZ:</u> Tanja Pickardt
14:00 – 17:30	<u>3. Themenblock zur Diskussion von Instrumenten: aus der lokalen und komm.</u> <u>Wirtschaftsförderung:</u> Wertschöpfungsketten im ländlichen Raum, Erzeugergemeinschaften, Innovationszentren, außerlandwirtschaftliche Einkommen, Versicherungen	Moderation, <u>Input DED:</u> Holger Weiße TAD Friedrich Jacobsen MOZ <u>Ressourceperson GTZ:</u> Florian Garcia

Donnerstag, den 22.07.2010: Seminar zu Instrumenten der territorialen Entwicklung im Gustav-Stresemann-Institut, Bonn

Wann?	Was?	Wer?
8:30 – 13:00	<u>4. Themenblock zur Diskussion von Instrumenten aus dem Governance-Bereich:</u> Kommunalentwicklung, Interkommunalität, Organisation von Zweckverbänden sowie Planungsverfahren (Raumplanung)	Moderation, <u>Input DED:</u> Patrick Sauter BFA Norbert Rose GUA <u>Ressourceperson</u> <u>GTZ:</u> Eike Vater
14:00 – 15:30	Resümee und Festlegung der weiteren Arbeitsschritte: was muss bis wann durch wen dokumentiert werden	Moderation, SV, DED-Fachreferat
16:00 17:00	Dankesworte und Verabschiedung, Abreise	SV, DED-Fachreferat

Praxis und Theorie: Exkursion Sauerland

Im konkreten Austausch lernen...

Besuch der Koordinatoren der Entwicklungszusammenarbeit bei Initiativen der Regionalentwicklung im Hochsauerlandkreis am 19.07.2010

Martina Wegner

1. Etappe

Besuch des Vereins zur Förderung des Rothaarsteigs in Schmallenberg

Herr Knoche, der Geschäftsführer des Vereins, empfing die Gruppe, um ihr den Ursprung der Idee, ihre Umsetzung und ihre Wirkungen zu präsentieren. Als Gründe wurden genannt, dass in den 90er Jahren in der Region rückläufige Übernachtungszahlen registriert wurden, dass es eine Unterausstattung an interessanten Wanderwegen gab, und dass die Region an sich als Urlaubsregion wenig bekannt war. Zuallererst wurde ein Arbeitskreis gegründet, an dem verschiedene Akteure teilnahmen, sowohl aus der Verwaltung als auch dem Privatsektor. 1998 gründete sich aus dem Arbeitskreis heraus ein Verein, in dem Forstämter, Kommunen, Kreise, Naturparks und Vertreter des Privatsektors Mitglied wurden. Der Verein beantragte und erhielt Fördermittel aus verschiedenen Töpfen, mit dem der Rothaarsteig, der sich über 154 km hinzieht und 24 Kommunen, drei Kreise und zwei Bundesländer anraint, eingerichtet wurde. Heute hat sich daraus ein touristisches Unternehmen entwickelt, das weit über die Region hinaus bekannt ist, das Dynamik in mehreren Wirtschaftszweigen entwickelt hat und sogar schon Nachahmer in anderen Regionen gefunden hat. Zukünftig wird das Projekt auf fünf Säulen stehen: Beiträge aus Gastronomie und Hotellerie, eigenwirtschaftliche Tätigkeiten, öffentliche Hand, Sponsoren und Stiftungen.



Foto: Wegner, Martina

Gruppenfoto der Exkursionsteilnehmerinnen und –teilnehmer

Die Impulse für die Region waren: Steigerung der Wirtschaftskraft für die Region, Förderung der Regionalidentität, Besinnung auf die Stärken der Region, Themenmarketing mit neuen Angeboten, Kooperationen über Landesgrenzen hinaus, ein zentrales Buchungssystem und ein auf Bedürfnisse von Wanderern optimal ausgerichtetes Angebot (inkl. Gepäcktransport von einer Übernachtungsmöglichkeit zur anderen).

Ziele für die Zukunft sind: nachhaltige Qualitätssicherung, ständige Produktverbesserung, Entwicklung neuer Produkte, quantitatives und qualitatives Wandermonitoring.

In der anschließenden Diskussion zeigten sich die Entwicklungsfachkräfte beeindruckt über die Organisation der Initiative. Insbesondere stellten sie Fragen dazu, wie die Waldbesitzer der entsprechenden Flächen zur Zusammenarbeit motiviert werden konnten. Es gab natürlich hier zu Beginn viel Skepsis, aber heute finden viele von ihnen ebenfalls ein Auskommen, indem sie Ferien auf dem Bauernhof anbieten und ebenfalls Übernachtungsmöglichkeiten oder andere Angebote stellen. Sehr interessant war ebenfalls der Aspekt, dass schwächere Gemeinden vielfach den eigentlichen Motor der Initiative darstellten, da sie sich durch die Einrichtung einen erheblichen Zugewinn versprachen. Viele neue Initiativen wurden ebenfalls als interessant und übertragbar in den Kontext der Entwicklungsländer gesehen, z.B. die Organisation von Umweltfortbildungen für Kinder und für Erwachsene. Die Struktur der Finanzierungen war auch von großem Interesse, da derartige Initiativen in den Partnerländern nicht dauerhaft bestehen und von den Akteuren einer Region getragen werden. Häufig sind die Aktivitäten von externer Finanzquelle mit

einer Anschubfinanzierung initiiert, und die Konsolidierung scheitert dann an der fehlenden Kapazität zur Zusammenarbeit der Akteure.

2. Etappe

Bio-Energiedorf Ebbinghöfe

Die Ebbinghöfe sind ein Weiler von fünf Höfen, die in einer Gemeinschaftsinitiative moderne tragfähige erneuerbare Energiemöglichkeiten entwickelt und erstellt haben. Es handelt sich um eine Kombination von Windenergie, Biogas (erzeugt auf der Basis von Mist, Gülle, Grassilage und gehäckseltem Mais), Holzpellets und Sonnenenergie. Bemerkenswert ist, dass die Höfe eine Energieautonomie aufweisen und sogar die Wärme des Brennofens ausnutzen, die über eine Fernwärmeleitung in alle Haushalte gelangt und dort die alten Heizöfen überflüssig macht. Auf Grundlage der Energiesituation gehen alle Höfe unterschiedlichen Wirtschaftsweisen nach, zum einen Viehhaltung (Rind oder Schwein) und Tourismus (ein Familienhotel mit 80 Übernachtungsmöglichkeiten). Beeindruckend ist hier der Zusammenschluss von privaten Betrieben, die allesamt bestehende Fördermöglichkeiten gut recherchierten und sich entsprechend organisierten. Interessant ist für die EZ-Experten, dass die Erzeugung von Bioenergie besser vergütet wird als die Vermarktung mancher Agrarprodukte für die Ernährungssicherung.



Foto: Wegner, Martina

Hubertus Peitz präsentiert die Biogasanlage

3. Etappe

Mittagessen mit Herrn Weber in der Essel-Brauerei Esslohe

Herr Weber, der Geschäftsführer der Leader-Region „4 im Sauerland“ begrüßte die Teilnehmer der Fachexkursion beim Mittagessen in der Essel-Brauerei in Esslohe. Er erläuterte den Förderansatz des Leader-Programms und benannte exemplarisch einige Projekte, die mit seiner Hilfe durchgeführt wurden. Die EZ-Experten bekamen während des Mittagessens einen sehr guten Überblick über die Potenziale aber auch die Entwicklungshemmnisse der Region. Durch die neuen Initiativen wird der Entvölkerung der ländlichen Räume, die überall in Deutschland feststellbar ist, entgegen gewirkt. Wichtig ist aus der reichhaltigen Erfahrung Herrn Webers (ehemaliger Bürgermeister), dass es starke Persönlichkeiten gibt, die den Prozess steuern können und dass stets auf eine „win-Win“-Situation hingewirkt wird. Wichtig ist für ihn auch, dass man familiengeführte Betriebe besonders fördert und unterstützt, da man davon ausgehen kann, dass diese auch wieder in den Betrieb und damit in die Region investieren. Grundsätzlich ist zu sagen, dass die neue Identität der Region dazu führt, dass junge Menschen hier wieder Arbeitsplätze und Möglichkeiten finden, ein Eigenheim zu erwerben oder zu bauen und da zu bleiben. Dörfer investieren in Gemeinschaftsräume, um Versammlungen abzuhalten und Feste zu feiern. Als kritisch gesehen wird, dass Kinderbetreuung hingegen ein Bereich ist, der in erster Linie in Eigenverantwortung organisiert wird, so gibt es kaum Beispiele von einer institutionalisierten Betreuung in den Dörfern.

4. Etappe

Weihnachtsbaumbetrieb Mütherich, Niederlandenbergr

Die Familie Mütherich ist der größte Weihnachtsbaumproduzent in Europa. Auf ehemaligen Wald- aber auch Grünflächen werden Weihnachtsbäume gezogen und dann in viele Länder exportiert. Es gibt auch alternative Möglichkeiten, zum Weihnachtsbaum zu kommen, beispielsweise in Aktionen, in denen der Weihnachtsbaum vom Erwerber auch direkt auf der Fläche geschlagen werden kann. Ein Museum über das Thema Weihnachtsbaum und seine Dekoration ist in Planung. Die Ernte der Weihnachtsbäume erfolgt unter Einsatz von Erntehelfern. Beeindruckend war das Gewächshaus, in dem die Setzlinge heranwachsen. Hier bedient man sich eines modernen Verfahrens, das den Stress des Aussetzens hinterher erheblich reduziert, da der Setzling mitsamt seines Gewebesäckchens ausgesetzt werden kann. Zumeist handelt es sich um die Nordmannstanne, deren Saatgut aus Zentralasien stammt.



Foto: Wegner, Martina

Familienbetrieb Mütterich erklärt die Aufzucht von Weihnachtsbäumen

5. Etappe

Strukturförderung Hochsauerlandkreis Meschede, Herr Grawinkel

Herr Grawinkel stellte das Förderprogramm der REGIONALE 2013 vor, das das Land NRW aufgelegt hat und turnusmäßig unterschiedliche Regionen in NRW fördert. Die Region Südwestfalen besteht aus fünf Landkreisen, die sich zu einer Gesellschaft (GmbH) zusammengeschlossen haben, um die Förderkriterien zu erfüllen. Die Region Südwestfalen hat nun einen sehr kohärenten Auftritt und triftige Präsentationslogos entwickelt (s. beil. Präsentation). Moderne Trends und Elemente der Raumplanung finden sich hier wieder. Antragsberechtigt für die Fördermittel sind private und öffentliche Institutionen. Die Auswahl der zu fördernden Projekte erfolgt durch einen Ausschuss, in dem die Landräte, Kreisdirektoren, Bürgermeister und Vertreter der Landesministerien sitzen.

Zusammenfassung

Im Anschluss an die Fachexkursion fand in Bonn ein Feedback statt, bei dem die Erfolgsfaktoren und Risiken der hier kennen gelernten Förderansätze und Initiativen gesammelt und wie folgt notiert wurden:

Erfolgsfaktoren einer gemeinschaftlich getragenen Regionalentwicklung	Risiken bzw. Fragen
<ul style="list-style-type: none"> • Vorhandensein eines gemeinsamen Ziels • Von Nutzen für jeden Beteiligten • Hohes Bildungsniveau aller Akteure • Transparenz der Prozesse und Entscheidungen (muss für jeden nachvollziehbar sein) • Vorhandensein von Leadership • Eine gemeinsame Identität • Wertschöpfung findet in der Region statt • Gründung von gemeinsamen Institutionen (Agentur, GmbH, Verein) • Rechtssicherheit, Verbindlichkeit durch Verträge • Existenz von Fördertöpfen als Anreiz 	<ul style="list-style-type: none"> • Anreizsysteme sind komplex und unübersichtlich (erfordert viel Recherche) • Die Bürgerbeteiligung ist nicht ganz klar (evtl durch starkes Leadership übergangen?) • Faktor Integration: Modelle dienen in erster Linie Einheimischen • Keine systematische und tragfähige Kinderbetreuung erlaubt Frauen eventuell nur traditionelle Rollen und höchstens Teilzeitarbeit • Dörfersterben hält trotz allem an • Risiko von Klientelismus durch starke soziale Verbindungen

Nachwort:

Unser Dank gilt allen Beteiligten dafür, dass Sie uns so herzlich aufgenommen haben und bereit waren, uns Einblick in ihre Tätigkeiten zu gewähren. Insbesondere danken wir dem Regionalmanager Stefan Pletziger, der das Programm der Fachexkursion ausarbeitete und alle Akteure informierte und zur Mitarbeit motivierte. Ohne ihn wäre das Programm nicht möglich gewesen. Ebenfalls möchten wir herzlich Herrn Weber, dem Geschäftsführer der Leader-Region, danken, der die Vorbereitung und Durchführung sehr freundlich und sehr kompetent begleitete. Ebenfalls Herrn Hentschel, dem Klima-Beauftragten der Stadt Schmallenberg, der uns in Ebbinghöfe Auskunft gab. Sämtliche Teilnehmer waren schwer beeindruckt über den hohen Organisationsgrad der Bevölkerung und nehmen viele Anreize für die Arbeit in ihren Kontexten mit.



Deutsche Gesellschaft für
Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn/Germany
T +49 61 96 79-0
F +49 61 96 79-11 15
E info@gtz.de
I www.gtz.de